D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Nr. 21
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

28. Mai 1982
Preis 1,80 DM







## DGB-Kongreß: Keine neuen Impulse

*Von Gerd Heinemann*

Geht man nach den Berichten in den bürgerlichen Zeitungen, so war die Sensation des 12. ordentlichen Bundeskongresses des DGB, daß es keine gab. Dabei hatte sich dies nach dem letzten, außerordentlichen Bundeskongreß im vorigen Jahr schon angekündigt. Der Bundesvorstand hatte es mehrmals abgelehnt, eine Neufassung oder auch nur eine Fortschreibung des ,,Aktionsprogramms" von 1979 vorzulegen oder beschließen zu lassen. Die vorbereitenden Landeskongresse hatten keine Beschlüsse gefaßt, die erwarten ließen, daß sie den Rahmen bisheriger Beschlüsse sprengen würden.

Nun ist ja nicht nur von Revolutionären und der gewerkschaftlichen Opposition eine Krise der Gewerkschaften konstatiert worden. Auch für die ,,offizielle" Gewerkschaft, die Gewerkschaftsführung, zeichneten sich Probleme ab.

– Die ,,Lohnmaschine" Gewerkschaft war nach den letzten Tarifrunden nachhaltig in der Krise.

– Der vermeintliche Ausweg einer ,,qualitativen" Tarifpolitik ist von den Kapitalisten versperrt und somit nicht

– Der vermeintliche Ausweg einer ,,qualitativen" Tarifpolitik ist von den Kapitalisten versperrt und somit nicht so leicht gangbar, wie einige Sozialdemokraten sich dies erhofft hatten.

– Noch gründlicher zeigte sich das Scheitern der gewerkschaftlichen Vertretung im Bereich der Sozialpolitik nach den Operationen '81 und '82 und vor der Operation '83. Materiell sind die bisherigen Einbußen hier noch krasser als beim Lohn.

– Zwar nimmt die Mitgliederzahl der Einzelgewerkschaften im DGB insgesamt noch zu. So ist bei 7,9 Mio. Mitgliedern eine Steigerung von 0,9% in 1981 zu verzeichnen. Dabei gibt es aber schon bei der Textil-, Leder-, Eisenbahner-, Chemie- und Metallgewerkschaft absolute Mitgliederverluste. Aber auch gemessen an der Gesamtzahl der ,,abhängig Beschäftigten", dem sogenannten ,,Organisationsgrad" (brutto) ist beim DGB insgesamt eine Stagnation oder auch leichte Abnahme in den letzten 3 Jahren seit dem Bundeskongreß 1978 festzustellen, nachdem in den 10 Jahren vorher eine kräftige Steigerung erfolgte.

Grund genug, sich auch auf dem Gewerkschaftskongreß Gedanken über die Ursachen und die Mittel zur Korrektur zu machen. Dies geschah aber nicht. Dies gilt ebenso für das Beschäftigungsprogramm des DGB wie auch für die Frage der gewerkschaftlichen Unternehmen, die durch die Skandale bei der ,,Neuen Heimat" in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit gerückt sind.

Der Wirtschaftsexperte Pfeiffer hat die ,,Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung" als zwar in die konjunkturpolitische Landschaft passend, aber mager, bezeichnet. Kritik hatte er an der Änderung des bestehenden Mietrechts und an der Finanzierung durch die Mehrwertsteuer. Zur Investitionszulage fand er schon kein kritisches Wort mehr.

Das Kernproblem, wie die Vorstellungen des DGB nach einem anderen Wirtschaftsprogramm mit beschäftigungspolitischer Wirkung *durchzusetzen* sind, blieb von Pfeiffer, wie auch von den Delegierten – auch in den dazu verabschiedeten Anträgen – unbeantwortet. Pfeiffer dazu: ,,Eigene gewerkschaftliche Handlungsinitiativen können wir direkt auf dem Feld der Tarifpolitik im Hinblick auf Arbeitszeitverkürzung und soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung ergreifen. Auf Maßnahmen zur Förderung des qualitativen Wachstums können wir nur indirekt Einfluß nehmen, um durch Überzeugung der öffentlichen Meinung und der im Parlament vertretenen Parteien die Politik zu beeinflussen."

Um bei letzterem anzufangen: Wohl selten sind in der letzten Zeit Politiker auf Versammlungen mit Lohnabhängigen und ihren Vertretern besser weggekommen. Zwar gingen einige Delegierte bei Strauß vor die Tür, um so besser kam Kohl weg. ,,Wenn ich das schon vor 4 Jahren gemacht hätte, wäre ich heute Kanzler", wird eine Kohl-Äußerung kolportiert. Bundesinnenminister Baum ging es auf der Beamtenkonferenz unvergleichlich schlechter als diesmal dem Bundeskanzler. Der wurde selbst auf der AfA-Konferenz seiner Partei stärker kritisiert. Daß es ,,grüne" oder ,,alternative" Parteien oder Listen gibt, die wohl wichtigste Verschiebung im westdeutschen Parteiengefüge seit 1978. war auf dem Bundes-

Listen gibt, die wohl wichtigste Verschiebung im westdeutschen Parteiengefüge seit 1978, war auf dem Bundeskongreß überhaupt nicht zu merken.

Das Verhältnis zu den politischen Parteien und zur Bundesregierung wäre neu zu bestimmen gewesen. Einige Delegierte hatten ja mehrere – bis zu 50 – ,,Stuttgarts" verlangt. Vetter hatte in seinen letzten Interviews laut darüber nachgedacht, ob es nicht ein Fehler gewesen sei, die sozial-liberale Bundesregierung so lange gestützt und getragen zu haben. Er hatte gedroht, ,,Politik an den Parteien vorbei" zu machen.

Da war aber nichts. Im Gegenteil. Ernst Breit, just neu gewählt, gab die Richtung an. ,,Gewerkschaftliche Gegenmacht zur Unternehmermacht – das ist das eine. Das andere ist die Frage danach, ob die Gewerkschaften auch im parlamentarischen System Gegenmacht auszuüben hätten. Diese Frage will ich verneinen. Macht, die dem Parlament zukommt, Macht, die zum Regieren gehört, diese Macht ist legitimiert; sie ist abrufbar, und jeder Bürger kann sich an ihrem Zustandekommen beteiligen. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich die Gewerkschaften und Parteien Beschlüssen des Parlaments und dem Handeln einer Regierung gegenüber abstinent zu verhalten hätten. Politisch neutral können die Gewerkschaften nicht sein, parteipolitisch unabhängig müssen sie sein."

Genau dies war aber die Schwäche des DGB gewesen bei der Abwehr der Operationen '81 und '82. Das war doch das Dilemma, daß die Regierung so eben nicht gezwungen werden konnte, ein ,,Beschäftigungsprogramm" nach Art der Vorstellungen des DGB zu verabschieden. Bleibt so die Aufgabenbestimmung und werden keine darüberhinausgehenden Überlegungen für die Durchsetzung politischer Ziele entwickelt, dann werden die Forderungen des DGB zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms mittels stärkerer Besteuerung höherer Einkommen Makulatur sein. Zu befürchten steht dann aber auch, daß die Finanzierung durch eine weitere Operation '83 noch mehr als bei den vorjährigen Operationen kosten wird.

*Siehe auch Seiten 12/13*



Robert Mugabe, Premierminister der Republik Zimbabwe, auf Staatsbesuch in der BRD. *s. Kommentar S. 2*

## Die Probleme der Demokratie mit Falkland

### Prinzip Gewaltverzicht, Neutralität, Selbstbestimmungsrecht, Solidarität mit Argentien?

*thm.* Argentinien geht auf den Malvinen einer Niederlage entgegen. Zwar empfindet hierüber kaum einer aus der hiesigen Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung Genugtuung. Andererseits findet sich auch kaum jemand, der sich stark für einen anderen Ausgang des Konflikts engagieren wollte. Die Palette der Meinungen ist breit. Solidarität mit Argentinien, Solidarität mit den Falkland-Bewohnern, die selber entscheiden sollen, wem die Falkland-Inseln gehören, Solidarität mit keiner der beiden Parteien, Hauptkritik an Argentinien, das die brüchige Friedensordnung in der Welt als erste verletzt habe.

In Widersprüche verwickelt sich sofort die pazifistische Sicht der Dinge. Auf ihr bauen auch die Briten auf, wenn sie sagen, daß eine Aggression nicht ohne Strafe bleiben dürfe, alles andere sei nur Appeasement-Politik und führe zu einer weiteren Eskalation der Gewalt in der Welt. Der Pazifismus verlangt eine Ordnung der Dinge in der Welt, die eine prinzipielle Ächtung der Gewalt vorsieht. Allerdings fragt er nicht weiter, ob auch Gewalt angewendet werden soll, um diese Ordnung bei einer Verletzung aufrechtzuerhalten, was die Briten für sich beanspruchen. Wird dies verneint, bleibt der Friedensbewegung schließlich nur das kaninchenmäßige Starren auf das schreckliche Blutvergießen. Wird Gegengewalt bejaht, dann muß die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel gestellt werden. Und es muß sich gefragt werden, welche endgültige gerechte Lösung dieser Konflikte eigentlich finden soll, was eine endgültige Entschärfung des Konfliktherdes einschließt. So oder so liefert die Ablehnung von Gewalt als erstes Kriterium keine Antworten.

Eine ähnliche Lähmung der Politik bringt die Haltung mit sich, keine der beiden Seiten könnte unterstützt werden. Von hier aus wird auch eine strikte Haltung der Neutralität entwickelt. Mehr als dauernde Appelle, beide Seiten sollten endlich an den Verhandlungstisch zurückkehren, kommt dabei kaum heraus. Wird aber strikt eine Politik der Neutralität verfolgt, so werden die beiden Kontrahenten letztendlich sich selbst überlassen. Gerade eine neutrale Haltung läßt einen gewaltsamen Konflikt haltlos eskalieren bis die stärkere Seite den Sieg errungen hat. Für einen demokratischen Politiker, der handelnd in die Geschichte eingreifen will, keine sonderlich fachkundige Haltung.

In dieser Zeitschrift hatten wir sofort nach dem Ausbruch des Konflikts in der Weise Stellung bezogen, daß beide Seiten einer Kritik unterzogen werden müssen. Die Gründe sind bekannt: Militärregime bzw. Kolonialpolitik, beide verlagern innere Widersprüche nach Außen, Chauvinismus auf beiden Seiten, Kritik des militärischen Angriffs von Argentinien. Dennoch: ,,Die geschaffenen Tatsachen müssen jetzt anerkannt werden. Auszuhandeln ist eine möglichst konfliktfreie Übergangslösung für die Kolonisten." (KVZ, 8. April) Wenn sowieso die endgültige Lösung des Malvinen-Konflikts die Übergabe der Souveränität über die Inseln an Argentinien ist, dann muß eine Strafexpedition oder Wiedereroberung verurteilt, die geschaffenen Tatsachen also anerkannt werden. Dann kann zum Ausgangspunkt einer Parteinahme auch nicht das reaktionäre Militärregime genommen werden, denn dieses Problem besteht länger als die Junta und wird vielleicht auch noch zu den Problemen einer demokratischen Regierung gehören. Das Hauptargument gegen eine Souveränitätsübergabe an Argentinien bleibt dabei die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Bewohner.

Die Hauptstärke dieses Arguments ist die Offenhaltung der Definition dieses Rechtes. Lenin hatte dazu einmal eine brauchbare Bemerkung gemacht: ,,Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre (der nationalen Bewegungen, d.Verf.) staatliche Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen." (LW 20, S. 399) Dieses Selbstbestimmungsrecht ist auf jeden Fall prinzipiell zu gewähren. Aber bekanntlich handelt es sich bei den Bewohnern nicht um eine Nationalität. Soweit es aber um das Selbstbestimmungsrecht eines Einzelnen oder einer Gruppe von Menschen geht, ist damit die Gewährung voller demokratischer Freiheiten im Rahmen eines Nationalstaates gemeint. Innerhalb welchen Nationalstaates sie um diese Demokratie kämpfen, können sie nicht über den Kopf dieses Nationalstaates entscheiden. Sie können zwar für das Recht auf Auswanderung eintreten, aber sie können nicht innerhalb eines Nationalstaates plötzlich daherkommen und, weil vielleicht französischen oder britischen Ursprungs, ihre Schafwiese zum ausländischen Territorium erklären.

1811 gaben die Spanier die Malvinen endgültig auf. Die herrenlosen Inseln wurden dann vom souveränen Argentinien ihrem Nationalstaat einverleibt. 1833 eroberten die Briten gewaltsam diese Insel und verletzten damit die internationale Demokratie. Die Kolonisten siedelten im Staat Argentinien, von dem ein Teil widerrechtlich besetzt war. Sie haben nicht mehr und nicht weniger als das Recht, sich im Rahmen des argentinischen Nationalstaates selber zu bestimmen.

Mit dem unbefristeten Sanktionsbeschluß wird von Regierung und Opposition die Solidarität mit England vertieft. Daran ändern auch nichts Schmidts Warnungen, er habe keinen Blanco-Scheck ausgestellt. Damit übermittelt er nur die allgemeine Nervosität aus westdeutschen Bank- und Industriekreisen. Die Friedensbewegung kann eine gerechte und möglichst schnelle und friedliche Lösung nur dadurch fördern, indem sie sich für eine ,,argentinische Lösung" ausspricht, was ja noch etwas anderes ist als ,,Solidarität mit Argentinien".

## Robert Mugabe in Bonn. Neue Beziehungen und erprobte Solidarität

*Von Hans-Gerhart Schmierer*

In Vergangenheitsbewältigung eigener Art machten offizielle Stellen der Bundesregierung und Presse aus Anlaß des Besuchs von Robert Mugabe. Es sei sein erster Besuch in der Bundesrepublik gewesen. Tatsächlich hatte Robert Mugabe die Bundesrepublik bereits 1976 besucht, aber damals war er für die Bundesregierung noch Unperson, bzw. Schlimmeres, nämlich Terrorist. Erst nach dem Sieg im Befreiungskampf und als Premier beginnt hierzulande der afrikanische Patriot zum Menschen zu werden, dessen Besuch in die Geschichte eingeht.

Tatsächlich hat sich die Bundesregierung nach dem Wahlsieg der ZANU und der Unabhängigkeitserklärung Zimbabwes rasch den neuen Realitäten angepaßt. Einige Minen aus der Vergangenheit mußten damals freilich noch hastig beseitigt werden, bevor die neue Freundschaft beginnen konnte. Kurz vor dem Abflug Genschers zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten ließ das Außenministerium noch dem Tübinger Landratsamt mitteilen, daß gegen die Freigabe von 100000 beschlagnahmten DM nun keine außenpolitischen Bedenken mehr bestünden. Die 100000 DM waren Teil einer Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA, der bewaffneten Streitkräfte der ZANU gewesen. Außenpolitische Bedenken hatte das Genscherministerium in den letzten Jahren vor der Unabhängigkeit allemal auch dann, wenn es darum ging, Mitglieder der ZANU daran zu hindern, in die Bundesrepublik einzureisen und auf Veranstaltungen für die Ziele ihres Befreiungskampfes zu werben. So hielten die Grenzschützer z.B. noch 1978 den Genossen Ushewokunze, späteren Gesundheitsminister, auf dem Frankfurter Flughafen fest und drohten, ihn mit der nächsten Maschine nach Mocambique abzuschieben. Die Maschine wäre in Bothas Südafrikanischer Republik zwischengelandet.

An ihrer Tradition, die Politik gegenüber den Regierungen und die solidarischen Beziehungen zu Organisationen, die die ZANU im Befreiungskampf unterstützt haben, miteinander zu verbinden, ohne sich etwa durch die Bundesregierung dreinreden zu lassen, hält die ZANU auch heute fest. So nutzte Robert Mugabe seinen Staatsbesuch, um Vertreter der Solidaritätsbewegung zu empfangen und auch andere als regierungsamtliche Gespräche zu führen.

Seit der Unabhängigkeitserklärung und der Regierungsübernahme konnte die ZANU die politische Lage in Zimbabwe weitgehend stabilisieren und auch ihre internationalen Beziehungen, hauptsächlich in der Blockfreienbewegung, aber auch gegenüber EG-Ländern, ausbauen. Die beiden möglichen Putschquellen sind inzwischen verstopft, ohne daß das Land an den Rand eines Bürgerkriegs geraten wäre. Entscheidend dafür ist, daß es gelang, die Armee völlig umzubauen und aus den afrikanischen Teilen der früheren rhodesischen Armee, der ZIPRA (frühere Armee der ZAPU) und den Kräften der ZANLA neuzusammenzustellen, so daß die bewaffneten Streitkräfte heute unter der Kontrolle der Regierung sind. Politisch ist gelungen, sowohl die ursprünglich von Smith kontrollierte weiße Bevölkerung zu differenzieren und Teile von ihnen an die Regierung und den neuen Staat heranzuziehen. Nachdem Putschvorbereitungen eines Teil der ZAPU aufgedeckt worden sind, die immer noch den Hebel einer sowjetischen Intervention bilden konnte, differenzierten sich auch die Kräfte der ZAPU. Nkomo wurde aus der Regierung entlassen. Gleichzeitig wurden die ZAPU-Mitglieder aufgefordert, weiterhin mitzuarbeiten. So umfaßt heute die Regierung Kräfte einer nationalen Einheitsfront, in die auch ein Teil der weißen Siedlerbevölkerung einbezogen ist. Die politische Stabilisierung ermöglicht es der Regierung jetzt, schrittweise an die Verwirklichung der großen Reformvorhaben, die Landreform und die Reform der Betriebsverfassung heranzugehen. Die Landreform kann dabei nicht nur in einer Landverteilung bestehen, sondern muß die Bereitstellung von landwirtschaftlichem Material und Fachleuten mitumfassen. In der Industrie muß erstmal die Situation überwunden werden, daß Afrikaner ausschließlich unterhalb der Facharbeiterebene beschäftigt sind. Bei all diesen Vorhaben rechnen Robert Mugabe und die ZANU nicht nur auf Regierungshilfe, sondern gerade auch mit der direkten Unterstützung durch die Solidaritätsbewegung.

# Im Vorfeld der NATO-Gipfelkonferenz

### Zwar wenige konkrete Festlegungen, aber Schwerpunkt auf konventioneller Rüstung

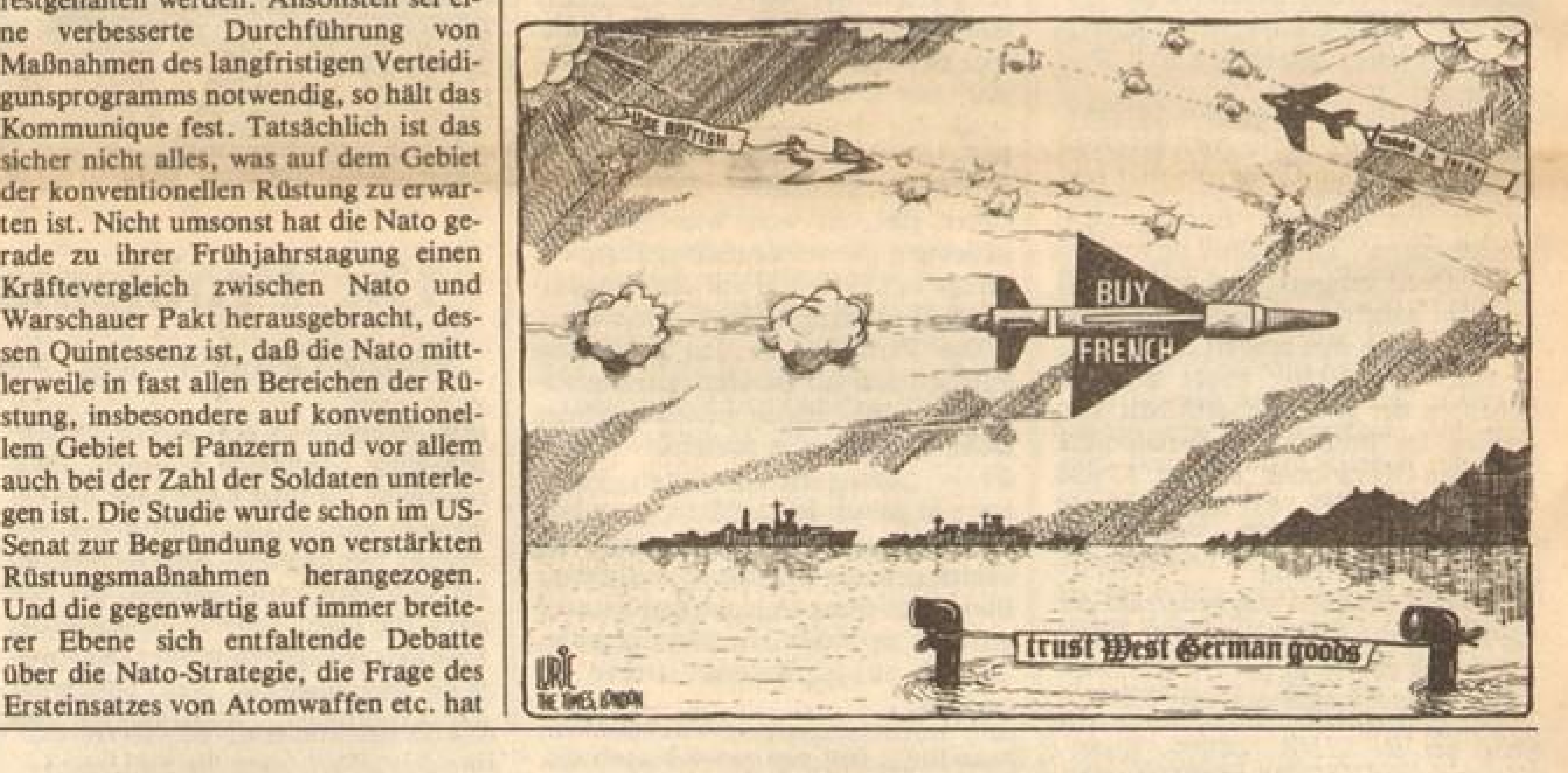
*gkr.* Die vorbereitenden Tagungen für die Nato-Gipfelkonferenz im Juni in Bonn hat die Nato abgeschlossen. Am 6. und 7. Mai trafen sich in Brüssel die Verteidigungsminister, am 17. und 18. Mai in Luxemburg die Außenminister. Entsprechen die Ergebnisse den Absichten, mit denen vor allem die Reagan-Administration in diese Konferenzen gegangen ist, um die entscheidenden Pflöcke für die Gipfelkonferenz einzuschlagen?

Eine wesentliche Forderung Weinbergers war bei der Konferenz der Verteidigungsminister die Festlegung auf eine gemeinsame Strategie in Gebieten der Dritten Welt, die die Nato (bzw. die USA) als strategisch wichtig bezeichnen. Grundsätzliche Änderungen gegenüber der bisherigen Position konnte er dabei offensichtlich nicht erreichen. Die Nato-Staaten haben sich erneut versichert, daß im Falle von Konflikten in Staaten, die nicht zum Nato-Einsatzgebiet gehören, an denen aber die USA bzw. die europäischen kapitalistischen Staaten strategisches Interesse, z.B. an Rohstoffen, haben, innerhalb der Nato Konsultationen durchgeführt würden. Weitere Festlegungen wurden vertagt. Daß sie aber nicht mehr lange auf sich warten lassen sollen, macht das Kommunique deutlich: „Der Militärausschuß prüft zur Zeit Folgerungen, die sich für die Nato aus dem strategischen Konzept der Vereinigten Staaten für Südwest-Asien ergeben könnten. Den Verteidigungsministern wird bei ihrer Tagung im Dezember ein Bericht hierüber vorgelegt."

Konkrete Festlegungen hat es auch im Bereich der konventionellen Waffen nicht gegeben. Es soll weiterhin die 3%-Marke als „Orientierungsformel" festgehalten werden. Ansonsten sei eine verbesserte Durchführung von Maßnahmen des langfristigen Verteidigungsprogramms notwendig, so hält das Kommunique fest. Tatsächlich ist das sicher nicht alles, was auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung zu erwarten ist. Nicht umsonst hat die Nato gerade zu ihrer Frühjahrstagung einen Kräftevergleich zwischen Nato und Warschauer Pakt herausgebracht, dessen Quintessenz ist, daß die Nato mittlerweile in fast allen Bereichen der Rüstung, insbesondere auf konventionellem Gebiet bei Panzern und vor allem auch bei der Zahl der Soldaten unterlegen ist. Die Studie wurde schon im US-Senat zur Begründung von verstärkten Rüstungsmaßnahmen herangezogen. Und die gegenwärtig auf immer breiterer Ebene sich entfaltende Debatte über die Nato-Strategie, die Frage des Ersteinsatzes von Atomwaffen etc. hat vor allem auch die Seite einer verstärkten konventionellen Rüstung. Hier ist das nächste Loch schon ausgemacht, bei dem „nach"gerüstet werden muß. Und ohne hier diese Debatte umfassend zu analysieren, kann man doch *einen* Effekt vermuten: Zwecks Verhinderung des frühen Einsatzes von Atomwaffen müsse konventionell stärker gerüstet werden, die Ausgaben dafür also erhöht (Wörner, CDU, spricht von wenigstens einer Mrd. DM pro Jahr mehr), auf Atomwaffen dürfe aber solange nicht verzichtet werden, bis konventionell ein Gleichstand erreicht sei. Wer weiß, wann das ist und was dann passieren wird.

Diese Richtung wird auch im Kommunique der Außenminister bestätigt. An erster Stelle steht die militärische Stärke und das sog. Kräftegleichgewicht. „Auf dieser Grundlage" soll „wirkliche Entspannung" versucht werden zu erreichen, was immer diese „wirkliche Entspannung" ist. In der Tendenz haben sich damit wohl die USA durchgesetzt gegenüber der BRD, die an ihrer Konzeption der Entspannung ausdrücklich festhalten wollte, obwohl die Formulierung einige kleine Zugeständnisse an die BRD-Regierung enthält. Doch hie die Aufrüster, die auf militärische Stärke pochende Reagan-Regierung, die am liebsten das Wort Entspannung ganz gestrichen hätte, und dort die Entspanner, die Regierung der BRD, die unter diesem Segel gerne ein mögliches Arrangement mit der SU erreichen möchte, so einfach steht die Alternative in dieser Frage auch nicht. Immerhin hat z.B. auch die französische Regierung nicht auf dem Begriff „Entspannung" bestanden. Es ist eben die Politik der SU in den letzten Jahren, die deutlich macht, daß es eine Entspannung nicht geben kann. Die andere Supermacht USA versucht daraus auf ihre Weise Kapital zu schlagen.

Reagan hat in letzter Zeit Vorschläge für Abrüstungen von strategischen und eurostrategischen Nuklearwaffen gemacht, für die Verhandlungen in Wien über die konventionellen Waffen in Europa wird zur Gipfelkonferenz in Bonn ein Vorschlag erwartet. Natürlich sind die Vorschläge taktische Manöver, aber man muß wohl auch beachten, woraus sie erwachsen: Es ist zum einen eine ökonomische Schranke, die das Programm des Totrüstens der Sowjetunion, wie Reagan es am Anfang seiner Präsidentenzeit propagiert hat, zum Scheitern verurteilt. Und in dieser Beziehung stößt z.B. eine kapitalistische Supermacht eher an Grenzen als die staatsmonopolistische Sowjetunion. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten können von ihr nicht außer Kraft gesetzt werden. Und das andere ist die zunehmende Friedensbewegung in den USA (die sicherlich auch aus den ökonomischen Schwierigkeiten heraus Auftrieb erhält) und in Europa. Es sollte ruhig Anlaß sein, von unserer Seite aus alles zu tun, um diesen Druck noch weiter zu verstärken. Eine *Beschränkung* alleine auf die Atomwaffen scheint schon jetzt unmöglich und überholt. Denn was kann uns an einer Ausdehnung des Militärhaushalts liegen bei dem Versprechen, damit würde die Schwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen gehoben? Eine *Konzeption* darauf ist nach wie vor geboten.




### Nachermittlungen im KOMM-Prozeß abgeschlossen

*kvz.* Der Regensburger Oberstaatsanwalt Fischer hat seine Nachermittlungen gegen die 10 im ersten KOMM-Prozeß Angeklagten abgeschlossen. Wie nicht anders zu erwarten erklärte er, von vornherein in Abstimmung mit dem bayrischen Justizministerium, die Nachermittlungen hätten das, was bei Eröffnung des Verfahrens vorlag, „im wesentlichen" bestätigt. Die Verteidiger sollen jetzt, so wurde erneut angekündigt, die Akten zur Stellungnahme erhalten. Erst danach will das Nürnberger Gericht über den Fortgang des Verfahrens entscheiden. Praktisch würde das die Neueröffnung des Verfahrens bedeuten. – Derweil sind von der Ansbacher Staatsanwaltschaft die Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte eingestellt worden, die gar so rasch mit ihren Haftbeschlüssen zur Stelle waren. Es hätten sich keine Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten ergeben. Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus.

### Wehrkraftzersetzung vor Staatsschutzkammer

*kvz.* Am 10. Juni soll vor dem Oldenburger Landgericht, Staatsschutzkammer, ein Prozeß gegen Willi P. wegen Wehrkraftzersetzung beginnen. Willi war laut Anklageschrift von 1976 bis 1979 presserechtlich verantwortlich für die Herausgabe der „Oldenburger Militärzeitung (OMZ)", der Zeitung des dortigen Soldaten- und Reservistenkomitees, bzw. ihrer Nachfolgezeitungen. Dabei handelt es sich bei dem Verfahren, bei dessen Beginn die angebliche Wehrkraftzersetzung zum Teil immerhin bereits 6 Jahre zurückliegt, schon um den zweiten Prozeß in derselben Sache. Den ersten mußten die Richter 1979 nach einigen Pleiten der Staatsanwaltschaft aussetzen. Warum dieser Prozeß heute noch stattfindet, wo mittlerweile, wäre die Sache als Presserechtsdelikt verhandelt worden, schon alles verjährt wäre, wo mittlerweile die Soldaten- und Reservistenkomitees längst nicht mehr existieren, macht eine Erklärung einiger in der Friedensbewegung tätigen Gruppen zu dem Prozeß deutlich: „Die politische Auseinandersetzung über Rüstung und Bundeswehr hat in den letzten Monaten zugenommen, wir halten diese öffentliche Diskussion für ein Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wenn P. verurteilt wird, sind wir alle, die wir uns in dieser Diskussion engagieren, betroffen. Manche der Forderungen, die der Staatsanwalt für strafwürdig hält, wurde und wird auch von uns weiter vertreten werden. Etwa die Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer." (Rechtshilfe Oldenburg, Kto-Nr. BfG Oldenburg 1948787700)

### 30000 beim Fischerfest in Hamburg

*cld.Hamburg.* Zum vierten Mal fand das Fischerfest in Hamburg statt. Vorausgegangen war dem Fest eine Elbe-Aktionswoche, in der über die Verschmutzung und Verseuchung der Elbe durch die Kapitalisten informiert wurde und Aktionen gegen Elbverschmutzer, wie der Mineralölfirma Haltermann und den Hamburger Senat durchgeführt wurden. Auf dem Fischerfest, an dem 30000 Leute teilnahmen, wurde nicht nur informiert und gefeiert: Bei einem Theaterstück gegen die Elbverschmutzung und gegen das Abladen des schwermetallhaltigen Elbschlicks in Moorburg und Altenwerder ging die Kulisse, eine Leitung zur Beförderung des giftigen Elbschlicks nach Moorburg, durch die noch Freitag ca. 20000 m³ Schlick geschickt worden waren, zu Bruch.

### Geldstrafen im „Sprüherprozeß"

*kvz.* Im Januar standen 4 junge Menschen aus Stuttgart zum zweiten Mal vor Gericht. Sie sollen 28 Parolen für die Freiheit in El Salvador an Hauswände und öffentliche Einrichtungen gesprüht haben. Im Juli 1981 waren sie für 15 Parolen zu je 4 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Das Urteil löste breiten Protest aus. Schließlich war die Beweislage haarsträubend und die Strafhöhe politisch begründet. In der Berufung dann sollte jeder Eindruck eines politischen Verfahrens vermieden werden. Der Staatsanwalt zog wegen „veränderter Sach- und Rechtslage" die Forderung nach 6 Monaten Knast am 1. Verhandlungstag zurück. Das Gericht „würdigte" plötzlich sogar das Engagement für die Menschenrechte in El Salvador als „edles Motiv". Die Verurteilung kam dennoch, mit 1600 DM Geldstrafe für jeden Angeklagten. Obwohl nichts bewiesen werden konnte. Auf 14200 DM summierten sich die Kosten der Verurteilten. Sie bitten um Spenden an Jürgen Bieniek, Paracelsusstr. 93, 7000 Stuttgart 70, Landesgirokasse Stuttgart, Bankleitzahl 60050101, Kontonr. 7845969, Stichwort „Sprüherprozeß".

## mine · Termine · Termine · Termine · Te

**Juni**

**4. Versailles.** Westliches Wirtschaftsgipfeltreffen, bis 6.6.
**Düsseldorf.** Internationale Messe Druck und Papier, bis 17.6.
**München.** CSU-Parteitag, bis 5.6.
**Paris.** Kampuchea-Konferenz '82, veranstaltet von de Solidaritätsbewegung Kampuchea, bis 6.6.
**Fulda.** Bundeskonferenz junger Gewerkschafter der IGBSE, bis 6.6.

**5. Duisburg.** Arbeitstreffen gegen Ausländerfeindlichkeit, bis 6.6.
**Marburg.** Übernationales Frauentreffen „Politik der Frauen", Frauengruppe SK, bis 6.6.
**BRD.** Demonstrationen und Aktionen gegen NATO und Reagan-Besuch in verschiedenen Städten
**Bonn.** Demonstration für die NATO durch die CDU
**Paris.** Kampuchea-Konferenz Paris '82, veranstaltet von der Solidaritätsbewegung Kampuchea, bis 6.6.

**6. Hamburg.** Landtagswahlen

**7. New York.** Eröffnung der 2. UNO-Sondersitzung zur Abrüstung, bis 9.7.

**9. Bonn.** Voraussichtliche Ankunft Reagans
**Köln.** Anti-Reagan-Tribunal von AStA der Uni Köln und vds

**10. Bonn.** Demonstration gegen die NATO
**Bonn.** NATO-Gipfelkonferenz
**Westberlin.** Demonstration von ESG, SEW u.a. gegen den Reagan-Besuch

**11. Westberlin.** Vorauss.. Demonstration gegen den Reagan-Besuch
**Westberlin.** Reagan in Westberlin
**Lahnstein.** Juso-Bundeskonferenz, bis 13.6.

**12. New York,** andere Städte in den USA. Demonstration der Friedensbewegung
**Königswinter.** Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in den Sozialausschüssen der CDU zum Thema „Frieden", bis 13.6.
**o.O.** Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, bis 13.6.

# Neo-Nazis in der Jugendszene

**Die von Neo-Nazis geführte Attacke von Fußball-Fans auf die Frankfurter Mai-Kundgebung, aber auch der Feme-Mord-Prozeß in Lübeck (ein schwuler Nazi wurde von seinen Kumpanen umgebracht) oder die Wahlerfolge von Ausländer-Raus-Listen in Schleswig-Holstein machen deutlich, daß mit Vertiefung der Krise in der BRD faschistische Kräfte ihre Umtriebe verstärken. Vom Gefängnis aus bereitet der Kopf der jungen Neo-Nazis, Michael Kühnen, sein politisches come back vor. Er will jetzt statt spektakulärer Aktionen eine langfristige Massenarbeit machen und sich dabei linker Themen bedienen, wie Kampf gegen Umweltverschmutzung und gegen die Kriegsrüstungen der beiden Militärblöcke. Das zeigt freilich gerade, daß die Faschisten heute einige ideologische Kunststückchen vollbringen müssen, um irgendein zusammenhängendes politisches Konzept zu finden – denn große Perspektiven für „Deutschland" haben sie nicht mehr zu bieten, bei aller Phantasie nicht.**
**Dennoch – die Linke, die grün-alternative Wahlbewegung, die Jugend- und Kulturszene ebenso wie die Gewerkschaften werden sich verstärkt mit dem Phänomen des Neo-Nazismus zu beschäftigen haben, und das hoffentlich nicht nur polizeilich und pädagogisch, sondern indem die Motive der Jugendlichen, die damit sympathisieren, untersucht und aufgegriffen werden.**
*G.K.*

Die Ereignisse während der Mai-Kundgebung in Frankfurt mochten vielen Teilnehmern und Augenzeugen als ein kurzer, irrer Spuk erscheinen. Daß es sich hierbei jedoch um eine gezielte neo-nazistische Provokation handelte, die sich seit langem zum ersten Mal wieder in demonstrativer Weise gegen eine Kundgebung der Gewerkschaften richtete und darauf abzielte, durch Angriffe auf Ausländer, vor allem türkische Arbeiter, in klassisch faschistischer Manier die wachsende soziale Unrast in diffusem Haß auf „Fremde" sich austoben zu lassen – darüber gibt es gesicherte Erkenntnisse.

Zwei Phänomene müssen allerdings unbedingt unterschieden werden: das Vorgehen, der Aufbau, das politische Kalkül der neo-nazistischen Organisationen; und die Motive, aus denen heraus sich rund 250 Fußball-Fans aus Nürnberg (aber auch andernorts sind die Fan-Clubs eins der bevorzugten Aktionsfelder der Neo-Nazis) in diese von einem Kern von 10 jugendlichen Faschisten angezettelte Auseinandersetzung verwickeln ließen.

Im folgenden einige Materialien zu diesem ganzen Komplex:

### *Der Angriff auf die Mai-Kundgebung in Frankfurt*

Aus verschiedenen Berichten ergibt sich folgendes Bild:
Die rund 250 Fans aus Nürnberg waren mit dem Sonderzug zum Pokalendspiel angereist. Sie hatten schon beim Verlassen des Bahnhofs aus einer Pistole Signalraketen abgeschossen, im Bahnhofsviertel einige Randale gemacht, und zogen zielstrebig in Richtung Römerberg, wo die Mai-Kundgebung stattfand. Die Polizei intervenierte nur einmal, als Baumaterial auf die Straße geworfen wurde, stellte sich der Gruppe aber nicht entgegen.

An der Spitze liefen neben Nürnberg- – auch eine Gruppe von HSV-Fans mit. Unter diesen wurde Michael David erkannt, ein bekanntes Mitglied der neo-nazistischen Hansa-Bande und möglicherweise zur Zeit einer der „Stellvertreter" des Führers der westdeutschen Jung-Nazis Michael Kühnen, der noch im Gefängnis sitzt (vgl. nebenstehenden Bericht).

Auf dem Pauls-Platz vor dem Rö-

Auf dem Pauls-Platz vor dem Römerberg wurden bereits zielstrebig In-

Auf dem Pauls-Platz vor dem Römerberg wurden bereits zielstrebig Informationsstände von ausländischen Gruppen angegriffen und zusammengeschlagen. Die Leute an der Spitze, einige im Skinhead-Look, bewaffneten sich hier weiter mit Knüppeln und drängten dann dicht an dicht in Kolonne auf den Platz. Die überraschten Kundgebungsteilnehmer bildeten zunächst eine Gasse. Am Rand kam es bereits zu Schlägereien mit einzelnen attackierten ausländischen Arbeitern. Die Neo-Nazis an der Spitze skandierten jetzt „Sieg Heil" und „Ausländer raus" und entboten der Tribüne den Neo-Nazi-Gruß (Hitler-Gruß mit gespreizten Fingern). An mehreren Stellen auf dem Platz kam es jetzt zu schweren Schlägereien, vor allem mit Gruppen ausländischer Arbeiter, die ihrerseits die Transparentstangen in die Hand nahmen und sich ihrer Haut wehrten. Deutsche Kollegen, auch ältere, halfen. Es gab etwa ein Dutzend Verletzte auf beiden Seiten. Erst am Ausgang griff die Polizei zu und verhaftete etliche Fans.

### *Bandenkrieg um das KOMM in Nürnberg*

Die Auseinandersetzung hat ihre Vorgeschichte bereits in einer Kette von Auseinandersetzungen in Nürnberg selbst. Derartige Konflikte mehren sich aber in vielen Städten. Aus einem Bericht der „tageszeitung" vom 2. April:
„Ein paar Schlaglichter aus dem Alltag des Kommunikationszentrums verdeutlichen die Probleme, die vor allem im Bereich des ‚offenen Tür'-Betriebes auftreten.

Einige Skinheads, die sich sonst im KOMM aufhalten, unterstützen bei einer Kundgebung die Jungen Nationaldemokraten. Sie denunzieren linke Gegendemonstranten bei der Polizei, ‚Rotfront verrecke'-Rufe ertönen. Bei der Festnahme von 18 Personen (zum Großteil Proleten – ‚Prolos' – aus den Hausbesitzerkreisen des Olaf-Ritzmann-Kollektivs) klatschen sie.

Die Prolos reagieren entsprechend: sie veranstalten eine Hetzjagd nach Skins durch das ganze KOMM. Die Vollversammlung, die dann schließlich ein Hausverbot gegen einige Skins aus-



spricht, muß abgebrochen werden, da Club-Fans (0:3 gegen Bayern München) zum Sturm auf das KOMM aufrufen. Das KOMM wird geräumt, Polizei postiert sich vor dem Haus.

Eine Woche vorher wird auf einer Vollversammlung mit mehr als 500 Leuten ein Hausverbot gegen zwei Mitglieder der Rockergruppe ‚Wolfsrudel' wegen Schlägereien verhängt. Die Rockergruppe verließ das Haus geschlossen, jedoch nicht ohne die Drohung auszustoßen: ‚Vor uns habt ihr noch lange keine Ruhe!'

Ins Haus strömen viele Randgruppen, die sonst nirgends unterkommen. Damit sind das KOMM und vor allem die Mitarbeiter überfordert. Ein katholisches Jugendzentrum, in dem sich viele Ausländer treffen, macht den offenen Bereich zu. Ein Heim, in dem sich vorwiegend Punks aufhalten, schließt. Die Stadt Nürnberg pocht in den U-Bahnhöfen auf ihr Hausrecht. Das Ergebnis ist, daß sich Penner, Skinheads, Punks und andere Nofuture-Typen in den Gängen des KOMM aufhalten, meist nicht ansprechbar sind und weder mit sich noch mit anderen etwas anzufangen wissen. Anmache und provozierte Schlägereien sind an der Tagesordnung. ‚Wir stehen mit dem Rücken zur Wand', lautet der Kommentar der Selbstverwaltungssekretäre. Im Haus herrscht eine Atmosphäre, in der man sich nicht mehr wohl und sicher fühlen kann. Viele Linke ziehen sich angewidert und enttäuscht zurück. (...)"

### *Neonazistische Umtriebe und Bandenwesen in Hamburg*

Die andere Verbindungslinie der Frankfurter Vorfälle reicht von dem HSV-Fanclub „Löwen", von denen einige dabei waren, weiter zur sogenannten „Hansa-Bande", deren politischer Name „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) ist. Neben dem Fan-Club sind die ANS-Leute auch in der Rocker-Szene aktiv und haben einige Gruppen ganz auf ihre Linie getrimmt, so die „Savage Army". Ein Bericht aus dem „Arbeiterkampf" Nr. 220:
„Die härtesten Auseinandersetzungen haben sich bisher im Bereich Hamburg-Mitte zugetragen. Exemplarisch ist die Entwicklung im Haus der Jugend Hamm (HdJ). Seit ca. einem halben Jahr machen rechte Jugendliche unter dem Namen ‚savage army' die offenen Abende des HdJ unsicher. Sie treten als ‚Skins' und ‚Lederfreaks' auf, tragen Wehrmachtsadler, Panzer-Anstecker, Deutschland-Wimpel und diverse Nazi-Buttons als Abzeichen. Nach unterschiedlichen Schätzungen soll es sich um ca. 15–20 Jugendliche handeln, die in strengem Mackerkult nach ‚Führerprinzip' organisiert sind.

Bei Schlägereien erscheinen sie meist in Leder oder in grünen Fliegerjacken. Ihre Bewaffnung besteht aus Gaspistolen, Gummiknüppeln, Tschakos (doppeltes Schlagholz), wobei die ‚Führer' aufgrund ausgedehnter Vorstrafen, die noch zur Bewährung ausstehen, eher mit Fäusten, abgebrochenen Bierflaschen und Stuhlbeinen hantieren. Als Boß der ‚savage army' gilt Heiner Graßhoff, der sich durch besondere Brutalität und durch offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus hervortut. Nazischmierereien auf den Klos, Anmachen und rassistische Sprüche gegen jugendliche Ausländer, Anmachen bis hin zur Androhung von Prügeln gegen die dort tagende BI Hamm gehören seit Auftauchen der ‚savage army' zur Tagesordnung im HdJ. Einer der dort tätigen Pädagogen wird als ‚Kommunist' angegriffen, eine jugoslawische Betreuerin wird beleidigt und schikaniert. Ende Januar erschienen Heiner Graßhoff und andere ‚savage army'-Leute zweimal zum Disco-Abend. Bei den Stücken ‚Tanz den Mussolini' und ‚Flieger, grüß mir die Sonne' kam es zu demonstrativen Nazi-Grüßen. Auch das Horst-Wessel-Lied wurde gegrölt. Heiner Graßhoff und Torsten Borkan (‚Wolfgang') bekamen Hausverbot. Bevor sie abzogen, schlugen sie noch drei Leute zusammen.

Die ‚savage army' begnügte sich nicht mit Provokationen im HdJ Hamm, sondern weitete ihr Aktionsfeld auf Freizeitstätten, Szene-Kneipen u.a. aus, insbesondere auf das Szene-Kino ‚Klick' im Karolinenviertel, wo die ‚savage army' wiederholt auf Leute aus der linken Punk- und Anarcho-Szene einprügelte. (...)"




Aktion der ANS 1978 in Hamburg. „Ich Esel glaube immer noch, daß in deutschen KZ's Juden vergast worden sind." – 3. v. rechts: Michael Kühnen

## Michael Kühnen: „Auf legale Weise ... eine Massenbasis gewinnen"

Kühnen, Führer der ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten), sitzt seit Sommer 1978 wegen NS-Propaganda im Gefängnis. Im Sommer 1979 erhielt er vier Jahre dafür; seine Beteiligung an terroristischen Aktivitäten seiner Gruppe war dagegen nicht Grundlage der Verurteilung. Kühnen erhielt mehrfach Hafturlaub und hatte die Möglichkeit, aus dem Gefängnis heraus in fieberhaften Schriftwechseln (der „Arbeiterkampf" berichtet von mehr als 1400 Briefen) seine Fäden zu den verschiedensten Personen und Gruppen zu spinnen. Getreu seinem Vorbild verfaßte Kühnen in Haft auch eine Programmschrift mit dem Titel „Die zweite Revolution", die er auch aus dem Gefängnis herausschmuggeln konnte. Ihre Drucklegung durch den neonazistischen Verleger Christophersen wurde allerdings verhindert. – Möglicherweise wird Kühnen Ende Juli aus der Haft entlassen. Im Februar räumte das Hannoveraner „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" Kühnen zwei Seiten ein, um dort seine strategischen Vorstellungen einer massenwirksamen nationalsozialistischen Politik in der

BRD darzulegen. Einige Auszüge (zi-
nationalsozialistischen Politik in der

BRD darzulegen. Einige Auszüge (zitiert aus AK 221):
„Kühnen propagiert in dem DAS-Interview die Linie: weg vom bisherigen Provokationskurs, hin zur Entwicklung einer langfristig orientierten ‚national-*revolutionären*' bzw. ‚national-*sozialistischen*' Massenpolitik. Träger der Politik soll die wiederbelebte ANS sein. Dabei werde man sich im Unterschied zu früher ‚bemühen, eben nicht in entsprechend provokativer Form gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen' (Interview). Die Begründung: ‚Diese Phase (der provokativen Enttabuisierung des Nazismus – Anm. AK) ist zwar nicht ganz abgeschlossen, das wird es immer wieder geben, aber sie ist nicht mehr Schwerpunkt der Arbeit. Denn heute ist es allemein bekannt, daß es uns gibt. Wir brauchen uns jetzt nicht mehr bekanntzumachen. Jetzt geht es darum, Sachpositionen zu gewinnen, ein Problem zu finden, das tatsächlich die Masse der Bevölkerung als Problem bewegt und das nur von Nationalsozialisten gelöst werden kann ...' (ebenda).

Kühnen verkündet die neue Linie mit ‚revolutionärer' Emphase und in ausdrücklicher Abgrenzung zur Alten Rechten à la NPD und Co., die als ‚National-*Demokraten*' ‚keinen anderen Staat wollen, sondern die im Grunde ja die beste CSU sein wollen, die es je gab' (ebenda). Demgegenüber entwickle sich die ‚nationalrevolutionäre' Linie. ‚Das sind die, die einen anderen Staat wollen, eine andere Gemeinschaft wollen. Die auch von einem anderen Weltbild ausgehen als die liberalistischen, liberalkapitalistischen Weltbild, so, wie es hier in der BRD sich verwirklicht.' Und überhaupt: ‚Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen.' (ebenda) An diesem Punkt sei man sich sogar mit den Kommunisten einig, und auch in der Protestbewegungen gebe es viele Leute, die sich ‚aus ganz ehrenwerten Motiven gegen bestimmte Aspekte des Systems stellen' (ebenda). Auf dieser Grundlage könne er sich sogar ‚eine Art Stillhalteabkommen ... sogar mit einigen linken Gruppen vorstellen ...' (ebenda)

Als Schwerpunkte einer ‚national-revolutionären' Massenpolitik lassen sich aus dem Interview folgende Punkte herauskristallisieren:
Erstens: ‚Überfremdungsdiskussion': ‚Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren – unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenei laufen wird – hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion ...'
Zweitens: ‚Umweltfragen': ‚Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage der Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnerische Organisation zu bringen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammenzukoppeln und damit gegen das System anzutreten. Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können.' (Interview)
Drittens: ‚National-Neutralismus': Besonders angetan zeigt sich Kühnen vom ‚Nationalneutralismus' und ‚Patriotismus' der Friedensbewegung, der ihn zu folgenden Ausführungen inspiriert: Insofern begrüße ich dies als Zeichen einer allmählichen Normalisierung, d.h.

des Endes einer sogenannten Nach-
ner allmählichen Normalisierung, d.h.

des Endes einer sogenannten Nachkriegszeit, daß eben auch bei Linken dieser Patriotismus sich entwickelt, daß sich auch bei Linken das Gefühl dafür schärft, daß wir eben ein tatsächlich besetztes Land sind, das nicht souverän ist. Und ich muß auch sagen, daß durch diese Entwicklung zum Beispiel Ausdrücke und Gefühlshaltungen über ‚Spiegel', ‚Stern', über die Friedensbewegung bei den Leuten geweckt werden und verbreitet werden, die wir ja mit unserer Propaganda nie erreichen könnten.'
Viertens: ‚Kulturrevolution': Unter der Markte ‚Kulturrevolution' gegen den Amerikanismus erhofft sich Kühnen eine Massenbewegung ‚von unten herauf ... direkte Aktionen von Massen gegen bestimmte Vorkommnisse'. Was für ‚Vorkommnisse' er meint, sagt er deutlich: Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus der Diskothek kommen. Es gibt endlos viele Menschen, die sich darüber aufregen, daß sich die Ghettos in den Innenstädten bilden. Es gibt Leute, die sich darüber aufregen, was an den Theatern passiert, was in den Kinos gespielt wird.'

Eine verdächtig heftige Absage erteilt Kühnen dem Terrorismus seiner eigenen Szene. Er lehne ihn zwar nicht prinzipiell ab. ‚Das habe ich nie getan. Dafür sehe ich keinen Grund. Ich lehne (aber) einen Terror ab, der sich gegen Unschuldige richtet. Ich verstehe jede Aktion, die sich gegen dieses System richtet und auch gezielt gegen Repräsentanten dieses Systems richtet. Ich muß hier ein bißchen vorsichtig sein mit meinen Worten, aber das Stichwort ‚klammheimliche Freude' können Sie also durchaus zitieren. Nur sehe ich darin für mich keinen politischen Sinn ... Ich glaube, durch die Entwicklung der Friedensbewegung, Anti-Atombewegung, ist die Durststrecke der Linken wohl weitgehend vorbei. Es gibt wieder legale Möglichkeiten für die Linken, eine Massenbasis zu gewinnen. Wie ich ausgeführt habe, sehe ich bei den Rechten auch die Chancen, auf legale Weise, zumindest auf politisch-propagandistischem Gebiet, eine Massenbasis zu gewinnen.'"

# Die Methode der Theoriebildung kritisieren

*Leserbrief zum Artikel „Über meine Unlust im KBW" von Gerd Koenen, in KVZ 15/1982, S. 4*

„Aus unserer Geschichte läßt sich jedenfalls positiv keine politische Identität mehr begründen." Es ist nunmehr schon ein Monat ins Land gegangen, seit der Genosse Koenen diese provokative These aufstellte und daraus den Schluß zog, der KBW sei aufzulösen, eine gesonderte Organisation von Revolutionären derzeit überflüssig.

Wenn es sich dabei auch um eine individuelle und subjektiv gefärbte Stellungnahme handelte, so brachte sie offensichtlich doch die Vorstellungen vieler Genossen im KBW zum Ausdruck. Diese Vorstellungen sind so weit verbreitet, daß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz über Auflösung oder Fortexistenz entscheiden müssen wird ... Als ehemaliges Mitglied im Verband des KBW und jemand, der in unserer Geschichte durchaus eine politische Idendität begründet sieht, will ich hier wenigstens an einigen wenigen Punkten Widerspruch formulieren.

Der erste Kritikpunkt des Genossen Koenen zielt auf die Methode der Theoriebildung im KBW. Einer wirklichen Bestandsaufnahme der heutigen Gesellschaft werde weitestgehend ausgewichen. So weit, so gut; hier liegt beim KBW wirklich einiges im Argen. Nimmt man etwa die Schnodderigkeit, mit der die Auseinandersetzung um die Imperialismustheorie geführt wird (siehe dazu die Kritik von F. Kaminski in Kommunismus und Klassenkampf 12/81, auch die neueren genetischen Versuche des Genossen Mehlen machen da keine Ausnahme), so ist eine Kritik der Methode der Theoriebildung allerdings angebracht. Auf der einen Seite wird in Diskussionen immer wieder darauf verwiesen, daß es sich bei den Arbeiten in Kommunismus und Klassenkampf nur um persönliche Meinungen, erste Hypothesen, Denkanstöße usf. handelt. Andererseits türmt sich schon wieder eine ganze Strategie und Taktik über diesen theoretischen Unterbau. Und man kann die aufsteigenden Erinnerungen an die ‚Theoriebildung' der guten alten Tage schwerlich unterdrücken, wenn beim Genossen Koenen von einem „Kartell von Stamokap-Linken, die sich im Staatsapparat und den gesellschaftlichen Organisationen systematisch einnisten und versuchen, auf dem Rücken dieser sozialen Bewegung an die Macht zu kommen" die Rede ist. Dies, während man in den Organen des KBW vergeblich nach einer Auseinandersetzung mit den Theoretikern des Stamokap sucht. Erinnert das nicht fatal an das „Erledigen" von theoretischen Gegnern durch vordergründige politische Klassifizierung. Kritik z.B. der Demokratischen Sozialisten: ja – unbedingt. Aber nicht Kritik durch Subsumtion unter einen schwammigen Begriff (Stamokap), der durch dauernde Wiederholung von Vorwürfen politisch disqualifiziert wird, während die dahinterstehenden Grundfragen (Monopol, Imperialismus, Arbeiteraristokratie, Rolle des Staates) gerade erst hypothetisch problematisiert werden.

thetisch problematisiert werden.

Aber diese Methode der Theoriebildung hat der Genosse Koenen offensichtlich nicht im Blick, wenn er das Ausweichen vor einer wirklichen Bestandsaufnahme kritisiert. So mißfällt ihm etwa an den Thesen zur Rolle der Betriebsräte in der sozialistischen Umwälzung nicht, daß die Veröffentlichungen des KBW dazu bis heute an einer Untersuchung der konkreten Aktivitäten der Betriebsräte, ihrer politischen Zusammensetzung, ihrer institutionellen Verfassung und ihres Verhältnisses zur Gewerkschaftsbasis vorbeigehen. Ihn stört nicht, daß eine konkrete Analyse der Rolle der Betriebsräte im Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse und in der Erringung der Hegemonie des Proletariats über seine potentiellen Bündnispartner nicht vorliegt und ihnen stattdessen einfach eine zentrale Funktion zugewiesen wird. Aber nur so als historisch konkrete Frage steht sie zur Beantwortung an. Zukünftige Wandlung der Betriebsräte und ihr Eingehen in das System der Diktatur des Proletariats sind Fragen der geschichtlichen Entwicklung. Hier muß ein Aufsteigen von der abstrakten Erkenntnis der Rätediktatur als der historisch entdeckten Form der Emanzipation der Arbeiterklasse zur konkreten Realität der Klassenkämpfe in Westdeutschland noch geleistet werden.

Genosse Koenen dagegen führt eine andere „begriffslogische" Erwägung ins Feld. Leitung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch Betriebsräte und unausgesprochene Interessen einer gesellschaftlichen Gesamtbewegung, die den „eingeschränkten Begriff von ‚produktiver Arbeit' in kapitalistischem Sinne sukzessive" aufhebt, werden in Widerspruch gesetzt. Sollten Betriebsräte per Definition dem „Begriff der produktiven Arbeit im kapitalistischen Sinne" verfallen sein?

Aber halt! Ist nicht diese meine Sichtweise die gleiche ökonomisch eingeschränkte, die gerade kritisiert werden soll? Ist nicht „sowieso ... doch zu fragen, ob es auch nur einen Funken Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß das Begriffsgebäude des Marxismus als in der Hauptsache ‚Kritik der politischen Ökonomie' überhaupt alle wesentlichen gesellschaftlichen Erscheinungen abdecken kann". Hier muß zunächst davor gewarnt werden, einen Pappkameraden aufzubauen, der dann leicht umzuschießen ist. Der Marxismus als ‚Begriffsgebäude', das sich im wesentlichen in politischer Ökonomie erschöpft, mag zwar im KBW (und nicht nur dort) sein Unwesen treiben.

Mit dem Marxismus, der uns als Instrumentarium zur Analyse „aller wesentlichen gesellschaftlichen Erscheinungen" dienen kann, haben solche bündigen Reduktionen wenig gemein. Die von den Klassikern immer wieder hervorgehobene Bedeutung ihrer allgemeinen Geschichtstheorie, des historischen Materialismus, spricht da eine andere Sprache, genau wie die fortwährenden Hinweise Engels', daß die Überbauphänomene nur „in letzter Instanz" durch die materielle Basis bestimmt sind und eine marxistische Analyse auch deren Eigengesetzlichkeit und Rückwirkung auf die Basis unbedingt erforderlich ist. Wollte der Genosse Koenen darauf hinweisen, daß die ML-Bewegung hier bisher an einem reichen Schatz von Erkenntnissen vorbeigegangen ist und den Marxismus nur in einer äußerst eingeschränkten Form sich zueigen gemacht hat, so wäre ihm unbedingt zuzustimmen. Doch seine Ausführungen bleiben hier vieldeutig und sprechen hier allerdings eine andere Sprache.

„Als einzige *Klasse* in der Gesellschaft haben Frauen mit dem Produktionsgegenstand zu tun, der *überhaupt für emanzipatorische Prozesse geeignet* ist: Mit Beziehungsverhältnissen, mit der Produktion und Reproduktion von Menschen." Die Kritik hier an der Ausuferung des Klassen*begriffes* anzusetzen, wäre verfehlt. Sie ist nur Ausdruck für eines dem Marxismus entgegengesetzten, idealistischen Geschichtsbilds. Die Menschen machen ihre eigene Geschichte. Daß sie deshalb die einzigen sind, die „überhaupt für emanzipatorische Prozesse geeignet" sind, und das nicht als isolierte Individuen, sondern in ihren vielfältigen Beziehungen, ist eine Tautologie. Ganz davon abgesehen, daß sich die Produktion der Beziehungsverhältnisse nicht in der Mutter-Kind-Monade erschöpft, stellt sich auch für die Frauen die Frage, wie sie zu ihrem konkreten Verhalten zu ihrer Rolle in der Kindererziehung kommen, welche Beziehungen zu den Gattungsgenossen sie dem Kinde vermittelt.

„Kann sich revolutionäre Theoriebildung erlauben, solche Verhältnisse nicht auszuleuchten?" Sicherlich nicht! Sie kann es nicht in zweierlei Hinsicht: Einerseits muß sie sich gerade in Zeiten vordringender Irrationalismen und Subjektivismen und des allgemeinen theoretischen Zerfalls auf der Linken, über ihre eigenen materialistischen Grundlagen im reinen sein und die Unfruchtbarkeit solcher kritisch-theoretischer

fruchtbarkeit solcher kritisch-theoretischer

Idealismen erkennen. In der Gegenüberstellung der Sterilität unseres bisherigen Sektierertums und der „tausend Versponnenheiten, sogar abstruse(n) Querschlüsse" des „zitierten Wälzers" nach dem kleineren Übel zu forschen, heißt eine falsche und fruchtlose Alternative aufzumachen. Zumal es äußerst fragwürdig ist, ob die Untersuchung der heutigen gesellschaftlichen Realität wirklich „selbstverständlich zu *neuen* Abstraktionen als denen des klassischen Marxismus führen muß".

Es spricht zum Beispiel wenig dafür, daß in bezug auf das eben angerissene Beispiel die folgende Abstraktion Marx' geschichtlich überholt ist: „Die Produktion des Lebens, sowohl des eigenen wie des fremden in der Zeugung, erscheint uns schon sogleich als ein doppeltes Verhältnis – einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis ... Hieraus geht hervor, daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, und diese Weise des Zusammenwirkens ist selbst eine ‚Produktivkraft', daß die Menge der den Menschen zugänglichen Produktivkräfte den gesellschaftlichen Zustand bedingt und also ‚Geschichte der Menschheit' stets im Zusammenhang mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß." (1) Marx als Ökonom, in dessen Kopf sich die Ökonomie als „*verselbständigender* Bereich verhält"? Sicher nicht – hier werden gerade die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen „Bereichen" betont. Aber das reicht Negt und Kluge nicht aus. Ihnen mißfällt die Erkenntnis der dominierenden Rolle der ökonomischen Basis für den Verlauf der Geschichte. Damit sind wir auch schon bei dem zweiten Grund, aus dem es sich revolutionäre Theoriebildung nicht leisten kann, solche Verhältnisse zu ignorieren. Hinter den angerissenen Fragen stecken wirkliche Probleme des Klassenkampfes. Es reicht z.B. allerdings wirklich nicht aus, den Widerspruch zwischen Mann und Frau als Nebenwiderspruch zu charakterisieren und der Frauenbewegung ein paar verbale Streicheleinheiten über ihre Bedeutung zu verabreichen.

Hier sind wichtige Fragen zu klären, von der Stellung der Frauen im Produktionsprozeß über die Veränderung der Familienstrukturen bis hin zu den gewandelten persönlichen Beziehungen. Für revolutionäre Theoriebildung ist die Einsicht entscheidend, daß auch dieser Teil der Menschheitsgeschichte „stets im Zusammehang mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß". Dazu hat allerdings unsere Geschichte bisher wenig Brauchbares zutage gefördert. In der Analyse dieses Kerns der gesellschaftlichen Entwicklung, der Ökonomie und der Klassenstruktur besteht eine gemeinsame Aufgabe *aller* revolutionären Marxisten. Durch eine Auflösung kann der KBW dazu nichts beitragen. Mag sich in der künftigen Auseinandersetzung erweisen, daß neue Formen der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung notwendig werden, mit einer Auflösung in eine diffuse „Bewegung" würde ein Schritt zurück getan, sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht. (Gerade zu dieser praktischen Seite, wie auch anderen Aspekten des Beitrages des Genossen Koenen ließe sich noch einiges sagen, was allerdings den schon überdehnten Rahmen dieses Leserbriefes vollends sprengen würde.) Ich hoffe, wenigstens einen kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben, daß die derzeitige Auseinandersetzung als Streit um die vor uns stehenden Aufgaben und nicht als inhaltsleere Organisationsdebatte geführt und zu einem vorwärtsweisenden Abschluß gebracht werden kann.

M.W., Frankfurt

(1) Texte zur Kritik der Philosophie, Sendler Verlag, S. 44

## Was können wir aus der Geschichte des Bundes der Kommunisten lernen?

(...) Man wird den meisten Genossen, die für Aufrechterhaltung des KBW sind, meiner Meinung nicht gerecht, wenn man ihnen unterstellt, sie suchten auf Teufel komm raus nach neuen Sonderpositionen. Das tun sie gar nicht. Vielmehr suchen sie die Grundlagen des „Neuanfangs des KBW" im Allgemeinen und nicht im Besonderen. Man denke an den von der 6. o.DK nicht verabschiedeten 2. Teil der Resolution zum Programm des KBW und zu den Positionen, die jetzt gemeinsam sein sollten. Sicher waren einige Punkte strittig und aus meiner Sicht falsch, aber vor allem war der 2. Teil in seiner Allgemeinheit überhaupt indiskutabel, und bezeichnenderweise hat dieser 2. Teil auch für die Genossen, die ihn vehement verteidigt haben, in der Folgezeit in der Diskussion im KBW keine Rolle gespielt. (Das den Genossen ins Gedächtnis, die jetzt vielleicht einwenden, eine nähere Funktionsbestimmung des KBW sei auf der 6. o.DK gerade durch die Ablehner der Gesamtresolution verhindert worden.)

Neuerdings hört man öfter, daß eine besondere Organisation der Kommunisten sich im wesentlichen auf die Positionen des „Kommunistischen Manifest" (mit einigen Ergänzungen) berufen könne und müsse. Nun fällt dabei ja gleich auf, daß wenige Jahre nach Erscheinen des KM der Bund der Kommunisten, für den dies Manifest verfaßt wurde, seine Auflösung erklärte, und diese „erste Periode der deutschen selbständigen Arbeiterbewegung" (Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten) zu Ende ging.

sten) zu Ende ging.

Nicht etwa, daß damit die Positionen des KM erledigt, überholt oder sonstwas wären. Daß das KM vielleicht nur ein Programm von dieser Periode der Arbeiterbewegung gewesen wäre. Keineswegs. Engels fährt in der gleichen Schrift (1885) fort: „Die heutige internationale Arbeiterbewegung ist der Sache nach eine direkte Fortsetzung der damaligen deutschen, welche die erste internationale Arbeiterbewegung überhaupt war und aus der viele Leute hervorgingen, die in der Internationalen Arbeiterassoziation die leitende Rolle übernahmen. Und die theoretischen Grundsätze, die der Bund der Kommunisten im „Kommunistischen Manifest" von 1847 auf die Fahne schrieb, bilden heute das stärkste internationale Bindemittel der gesamten proletarischen Bewegung Europas wie Amerikas." (MEAW, Bd. II, S. 310)

Der *Sache* nach eine direkte Fortsetzung, so war die internationale Arbeiterbewegung der Form nach in Gestalt der I. Internationale ein breiterer Zusammenschluß unterschiedlicher politischer Strömungen der Arbeiterbewegung. Und erst recht stellte sich die Organisationsfrage für die Arbeiterbewegung in den 80er Jahren anders.

Engels: „Zwischen damals und jetzt liegt ein Menschenalter. Damals war Deutschland ein Land des Handwerks und der auf Handarbeit beruhenden Hausindustrie; jetzt ist es ein noch in fortwährender industrieller Umwälzung begriffenes großes Industrieland. Damals mußte man die Arbeiter einzeln zusammensuchen, die Verständnis hatten für ihre Lage als Arbeiter und ihren geschichtlich-ökonomischen Gegensatz gegen das Kapital, weil dieser Gegensatz selbst erst im Entstehen begriffen war. Heute muß man das gesamte deutsche Proletariat unter Ausnahmegesetze stellen, um nur den Prozeß seiner Entwicklung zum vollen Bewußtsein seiner Lage als unterdrückte Klasse um ein geringes zu verlangsamen. Damals mußten sich die wenigen Leute, die zur Erkenntnis der geschichtlichen Rolle

zur Erkenntnis der geschichtlichen Rolle

des Proletariats durchgedrungen, im geheimen zusammentun, in kleinen Gemeinden von drei bis zwanzig Mann verstohlen sich versammeln. Heute braucht das deutsche Proletariat keine offizielle Organisation mehr, weder öffentliche noch geheime; der einfache, sich von selbst verstehende Zusammenhang gleichgesinnter Klassengenossen reicht hin, um ohne alle Statuten, Behörden, Beschlüsse und sonstige greifbare Formen das gesamte deutsche Reich zu erschüttern ... Die internationale Bewegung des europäischen und amerikanischen Proletariats ist jetzt so erstarkt, daß nicht nur ihre erste enge Form – der geheime Bund – sondern selbst ihre zweite, unendlich umfassendere Form – die öffentliche Internationale Arbeiterassoziation – eine Fessel für sie geworden und daß das einfache, auf der Einsicht in die Dieselbigkeit der Klassenlage beruhende Gefühl der Solidarität hinreicht, unter den Arbeitern aller Länder und Zungen eine und dieselbe große Partei des Proletariats zu schaffen und zusammenzuhalten." (ebenda, S. 325 f.)

Die Ziele mögen also unverrückbar sein (ob heute die Vorstellung und der Kampf für die klassenlose Gesellschaft nicht aus vielfältigeren gesellschaftlichen Bewegungen entwickelt werden müssen, einmal dahingestellt), ob aber diese Ziele eine besondere Organisation in den gesellschaftlichen Bewegungen begründen, hängt von der konkreten geschichtlichen Situation ab. Marx und Engels gehen dabei im Kommunistischen Manifest so vor, daß sie *klassenmäßige* Abgrenzungen von anderen gesellschaftlichen Strömungen vornehmen. Im III. Abschnitt des KM kritisieren sie den „reaktionären Sozialismus" („feudaler Sozialismus", „kleinbürgerlicher Sozialismus", „deutscher oder ‚wahrer' Sozialismus"), „konservativen oder Bourgeois-Sozialismus" und „kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus". Sie legen dabei jeweils das entscheidende Gewicht auf die Aufdeckung der hinter diesen Strömungen stehenden *Klasseninteressen*. Tatsächlich ist also das Kommunistische Manifest, soweit es *Programm einer besonderen Organisation* von Kommunisten darstellt, be-

soweit es *Programm einer besonderen Organisation* von Kommunisten darstellt, be-

gründet in einer Lage, in der diese Organisation bestimmte klassenmäßige Strömungen gegenüber Strömungen anderer Klassen verkörpert.

Im Abschnitt IV. des KM „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien" wird im Bezug auf die „bereits konstituierten Arbeiterparteien" festgestellt:

„Nach Abschnitt II versteht sich das Verhältnis der Kommunisten zu den bereits konstituierten Arbeiterparteien von selbst, also ihr Verhältnis zu den Chartisten in England und den agrarischen Reformern in Nordamerika." (MEAW, Bd. I, S. 55)

In eben diesem Abschnitt II finden sich die Ausführungen: „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien ... Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (ebenda, S. 38)

Eine besondere Stellung der Kommunisten legt Marx z.B. im Bezug auf Deutschland und die damaligen dortigen Aufgaben und klassenmäßig unterschiedlichen Strömungen in der demokratischen Revolution dar (vgl. Abschnitt IV, S. 56).

Wenn also später der Bund der Kommunisten aufgelöst wurde, dann nicht in Abkehr von den Prinzipien, auch nicht den Organisationsprinzipien des Kommunistischen Manifests, sondern in ihrer Anwendung. Die Fortentwickung des Kapitalismus in Deutschland, die Fortentwickung der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung hatte die Bedeutung anderer klassenmäßiger Strömungen wie den kleinbürgerlichen, bürgerlichen, utopistischen Sozialismus relativiert und der Arbeiterbewegung andere Organisationsmöglichkeiten eröffnet. (...)

*G.H., Hannover*

# Parlamentariertreffen und Volksfest

## Das alternative Hambacher Fest der GRÜNEN – geringere Teilnahme als erhofft

*wea./ula.Landau.* Eigentlich sollte das Fest mit einem Diskussionsabend mit Altiero Spinelli, Abgeordneter im Europaparlament, Berichterstatter im Verfassungsausschuß des Europaparlaments und ehemaliger EG-Kommissar zum Thema „Die Verfassung Europas“ beginnen, doch der Italiener mußte kurz zuvor absagen. So kam es nicht zu einem Treffen der „europäischen Koordination der ökologischen und radikaldemokratischen Parteien“, zumal auch der französische Vertreter nicht erschien. Gekommen zu diesem Treffen waren aber Ludo Direks und Dirk van Sanjan von der flämischen ökologischen Partei AGALEF und Roland Clarke von der Ecology Party aus Großbritannien. In einem doch relativ kleinen Kreis wurde in Landau die Frage nach der Verfassung in dem doppelten Wortsinn, den sie im Deutschen hat, diskutiert.

Vor allem Roland Vogt vom Bundesvorstand der Grünen und Ludo Direks, Mitglied des belgischen Parlaments, versuchten die Diskussion auf eine Ausarbeitung einer europäischen Verfassung zu lenken, die die Römischen Verträge ersetzen sollten. Sie hielten die Diskussion darüber schon allein deshalb nicht einfach für vom Zaun gebrochen, da sich gegenwärtig im Europäischen Parlament ein Verfassungsausschuß gebildet habe und es darauf ankomme, jetzt darauf Einfluß zu nehmen von seiten der ökologischen und radikaldemokratischen Parteien. Als wesentlichen Inhalt einer Präambel und des Grundrechtskataloges bezeichnete Roland Vogt das Streben nach „Leben“, worunter er vor allem „das Überleben der Gattung Mensch, das Recht auf Andersleben, das Recht auf gesundes Leben, das Recht auf Nutz-
„Leben“, worunter er vor allem „das Überleben der Gattung Mensch, das Recht auf Andersleben, das Recht auf gesundes Leben, das Recht auf Nutz-
nießung aller Güter und das Recht auf Erhaltung aller Natur- und Kulturgüter“ faßte.

Kritik an diesem Katalog und der Eingrenzung innerhalb des Rahmens der Europäischen Gemeinschaft wurde von verschiedenen Anwesenden und auch von Roland Clarke aus England geäußert. Seine Partei, die ca. 20000 Mitglieder hat, habe bei den Europawahlen noch gemeint, man könne die EG ändern, inzwischen wolle sie aber die EG verlassen. Ihre Erfahrung sei, daß z.B. die Regionalfonds vor allem dazu dienen würden, großen Industriellen die Ausnutzung abgelegener Landstriche zu erleichtern. Die Ausführungen Roland Clarkes zum Konflikt auf den Malvinen, wo er die vollständige Ablehnung seiner Partei gegenüber dem militärischen Eingreifen der Thatcher-Regierung und die Möglichkeiten der Aktionseinheit mit linken Kräften der Labour-Party erläuterte, beendeten den Abend.

Zu dem Treffen von Parlamentariern der Friedens- und Ökologiebewegung am Freitag kamen ca. 50 Leute, darunter Hasenclever (Baden-Württembergischer Landtag), Willers (Bremer Bürgerschaft) als Vertreter der GRÜNEN sowie eine ganze Reihe von Mitgliedern in Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamenten in Hessen, Bayern und NRW. Diskutiert wurden vor allem die Möglichkeiten und Erfahrungen von parlamentarischen Initiativen für atomwaffenfreie Zonen auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene. Es wurde die Zusammenstellung dieser Erfahrungen in einer Dokumentation angegangen. Es wurden verschiedene Formen der Gestaltung von Kampagnen zur Vorbereitung (wie Bürgerbegehren) vorgeschlagen und diskutiert, u.a. auch mit dem Ziel, Friedensverträge mit Partnerstädten in Ost- und Westeuropa zu schließen, um so Souveränität gegenüber den Supermächten und die eigene Friedfertigkeit zu demonstrieren.

Höhepunkt des Festes der GRÜNEN, das im ganzen nicht deren Erwartungen in Größe und Verlauf entsprach, was nicht zuletzt einer mangelhaften Ankündigung und auch der Unterdrückung von Pressemitteilungen durch die regionale Presse geschuldet ist, war das alternative Volksfest am Samstag auf der Neustädter Festwiese, wo sich trotz Regen ungefähr 700 Menschen einfanden. Zu Beginn der Veranstaltung erklärte Willi Tatge vom Landesvorstand der GRÜNEN Rheinland-Pfalz, die etablierten Parteien hätten kein Recht, an die Rebellen von 1832 anzuknüpfen. Vielmehr könne vor allem die Ökologie- und Friedensbewegung an Hambach anknüpfen. Unsere Solidarität gelte auch heute allen unterdrückten Völkern, vor allem in El Salvador und Polen, die Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sei auch heute eingeschränkt, Widerstand sei immer noch notwendig. Auch Bahro betonte, daß das Hambacher Fest



Willy Brandt bei der offiziellen Feier am Sonntag

ein Fest der direkten Demokratie gewesen sei, daher sich keine Obrigkeit heute darauf berufen könne. Auch heute gäbe es in beiden deutschen Staaten keine uneingeschränkte Volkssouveränität. Es gäbe in beiden Staaten Friedensbewegungen, die Volksbewegungen seien.

Bahro betonte die Wichtigkeit der Solidarität mit dem polnischen Volk für die Friedensbewegung: Frieden und Selbstbestimmung der Völker seien untrennbar. Das polnische Volk habe Frieden von unten praktiziert, indem es die sowjetischen Militärs politisch in die Enge getrieben habe. Bahro forderte die Anwesenden auf, zu zeigen, daß die Westdeutschen sich genauso wenig zur NATO zugehörig fühlen wie die Polen zum Warschauer Pakt. Er betonte die starke ideologische Wirkung, die die Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten auf die Supermächte habe, die Unterstützung der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ sei deshalb nicht nur Pflicht, sondern entspringe auch dem eigenen Interesse am Frieden.

Auf der Veranstaltung sprachen weiterhin noch Solange Fernix (französische ökologische Partei), G. Bastian, Roland Vogt, ein kurdischer Vertreter u.a. Den meisten Beifall erhielt jedoch der Vertreter der Solidarność der Bremer Delegation, Nikolajczuk, der erklärte, daß es nicht nur darum ginge, anläßlich des 150. Jahrestages des Hambacher Festes die Tradition fortzusetzen, sondern auch darum, ein Zeichen zum Weiterkämpfen zu setzen. Damals seien die besten Söhne Deutschlands, Polens und Frankreichs zusammengekommen und auch heute würden die Völker sich unterstützen. Das polnische Volk sei trotz Kriegsrecht nicht von der Solidarność getrennt. Nach 5 Monaten sähe man nun, daß die Angst und der Schock überwunden seien gegen den unterdrückerischen Zwang.

Mit einem Schweigemarsch zum Hambacher Schloß endete das Fest der GRÜNEN. Oben wurden dem Landrat des Kreises Bad Dürkheim, dem Eigentümer, symbolisch ein Gedenkstein von Sand aus Hiroshima, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ in Kupfer, ein Bild vom Mahnmal der Lenin-Werft-Opfer von 1970 und ein Lebensbaum übergeben. Der Landrat hat bereits erklärt, daß er das Symbol der DDR-Friedensbewegung im Innenhof des Schlosses anbringen lassen wird.

*AG Bildungswesen*

## „Bildungsreform – und was daraus geworden ist“

*acm.* Am 22./23.5. fand unter diesem Motto die AG Bildungswesen statt. Eine Lesemappe mit folgenden Materialien lag den Teilnehmern vor:

– Quantitative Entwicklung im Bildungswesen seit dem Beginn der Bildungsreform,
– Zusammenstellung der Vorstellungen und Ziele der Kapitalistenverbände in bezug auf Bildungswesen und berufliche Bildung
– Programmatische Äußerungen von SPD und CDU
– Stellung der Gewerkschaften zur jüngsten Entwicklung im beruflichen Bildungswesen
– Aufsatz zur Einschätzung des fatalen Zusammenhangs zwischen beruflicher Bildung und Beschäftigungssystem
– sowie kurze Thesen zur Einschätzung der Bildungsreform, ihren Folgen und ihrem Scheitern.

Die Materialien können weiterhin (bei KVZ-Redaktion, Michael Ackermann, zum Preis von 6 DM) abgerufen werden.

Wichtige Ergebnisse der letzten Tagung waren:

– Kritik der Vorstellungen und Ziele der Kapitalisten in bezug auf Bildungswesen und berufliche Ausbildung. Nachweis, daß die beständige Umwälzung des Produktionsapparates eine erhebliche Ausdehnung des Bildungsniveaus erforderte, aber unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sofort an seine Schranken stößt. Daß das Monopol der Kapitalisten auf berufliche Ausbildung so gut wie ungebrochen ist und seine schädlichsten Folgen zeigt, daß aber die Reform des Bildungswesens unter staatlicher Oberherrschaft keineswegs eine Alternative
zeigt, daß aber die Reform des Bildungswesens unter staatlicher Oberherrschaft keineswegs eine Alternative
ist, sondern ebenfalls schroffe Einbrüche eingetreten sind. Die Reformvorhaben sind – auch im Zuge der Krise – fast allesamt steckengeblieben und waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil nicht Kontrolle und Selbstbestimmung der Volksmassen und ihrer Organe über das Bildungswesen herrschten.
– Kritik der aktuellen Vorstellung der Kapitalistenverbände in bezug auf Bildungswesen und berufliche Bildung
– Kritik der negativen Folgen von Berufsausbildung und Beschäftigungssystem als engem Zusammenhang im Interesse der Kapitalisten. Ausblick auf Modelle, die das herrschende *Berufsausbildungssystem* verwerfen.

In Vertiefung der Kenntnisse wird die AG Bildungswesen an folgenden Problemen weiterarbeiten:

– Ausgangspunkte der Bildungsreform in den 50er/60er Jahren
– Aktuelle Entwicklung und Einschätzung der Lage im Bildungswesen
– Vertiefung der Analyse des beruflichen Bildungswesens im Zusammenhang mit vorliegenden Lösungsansätzen/-vorstellungen
– Alternative Formen des Schulwesens und Überprüfung ihrer Ansätze.

Entlang dieser Themenbereiche werden Literaturlisten erstellt sowie jeweils ein oder zwei Bücher zur gemeinsamen Lektüre vorgeschlagen und auf der nächsten AG anhand von Thesenpapieren diskutiert. Literaturliste und Büchervorschlag werden in ca. 14 Tagen an die Teilnehmer verschickt. Das nächste Seminar findet statt am 3./4. Juli in Frankfurt. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher, besser früher, damit die Unterlagen frühzeitig bei den Teilnehmern ankommen.
spätestens eine Woche vorher, besser früher, damit die Unterlagen frühzeitig bei den Teilnehmern ankommen.

## Veranstaltungen

**Aachen / Düren**
Friedensbewegung in der DDR konkret. Mit Bernd Eisenfeld (KDV in der DDR, Bausoldat, Gefängnis, heute Westberlin)
*Aachen:* veranstaltet von Aachener Friedensgruppe, Aachener Friedensinitiative, DFG-VK und KBW, TH-Mensa
*Samstag, 5.6.1982, 15.00 Uhr*

*Düren:* veranstaltet von GRÜNE und Sozialistisches Forum Düren. „Zur alten Post“, Düren-Birkesdorf, Zollhausstr. 64
*Samstag, 5. Juni, 20.00 Uhr*

**Braunschweig**
Seminar zu Fragen der Ökologiebewegung. Spiel- und Lernzentrum
*Samstag, 5.6.1982, 15.00 Uhr, bis Sonntag mittag*

**Bremen**
Welches Interesse hat die Bundesregierung an der „Nachrüstung“ und Hochrüstung. Seminar im Rahmen der Anti-NATO-Woche. Referenten: Dieter Wismann, (Frankfurt) Christian Heinrichs (Westberlin). Universität Bremen, MZH, Senatssaal
*Sonntag, 6.6.1982, 10.00 bis 18.00 Uhr*

**Offenburg**
Veranstaltung mit Vertretern des Schweizer Exilbüros von Solidarność. Es spricht der 2. Vorsitzende der Landsolidarität Bezirk Olsztyn und ein Vorstandsmitglied des Fabrikkomitees der Ursus-Traktorenwerde. Veranstaltung des Komitees „Solidarität mit Solidarność. Ort: „Wienerwald“
*Freitag, 28.5.1982, 20.00 Uhr*

*Dokument*

## Arbeitstreffen gegen Ausländerfeindlichkeit – für Gleichberechtigung

*Im folgenden der Aufruf für ein bundesweites Arbeitstreffen gegen die Ausländerfeindlichkeit – für Gleichberechtigung, das ursprünglich als Kongreß von verschiedenen Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit vorbereitet werden sollte. Das Arbeitstreffen wird auch vom Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V. (VIA e.V.) unterstützt. Von ihm wird allerdings kritisch die Frage gestellt, ob eine weitere Koordinierungsstelle notwendig sei sowie eine eigene Publikation, da das beides ja mittlerweile über den VIA schon gegeben sei.*

*

Begrenzung des Familiennachzugs, Beschneidung des Asylrechts und Diskussion um „Rückkehrförderung“ sind Zeichen für eine Verschärfung der offiziellen Ausländerpolitik. Immer mehr sehen sich die Arbeitsimmigranten einer künstlich hochgespielten Welle von Vorurteilen, Ablehnung und offenem Haß ausgesetzt. Auf dem Hintergrund von wachsender Erwerbslosigkeit und sozialer Unsicherheit breitet sich eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung aus. Diese Tendenzen sind zu einem Alarmsignal für viele Initiativen, Komitees, Vereine und Organisationen geworden, die dieser Entwicklung entgegentreten wollen.

*Ein am 5./6. Juni 1982 stattfindendes bundesweites Arbeitstreffen in Duisburg* soll die Arbeit dieser Gruppen inhaltlich und organisatorisch stärken. In Arbeitsgruppen sollen Themen wie Asylpolitik, Ausländerbeschäftigung und Ausländerrecht, Kommunal- und Sozialpolitik, Ursachen und Konsequenzen der Ausländerfeindlichkeit sowie die Gefahren rechtsextremer Aktivitäten diskutiert werden. Das Arbeitstreffen soll zum Ergebnis haben:

– das Festhalten der Gemeinsamkeiten in einem *Manifest* gegen die ausländerfeindliche Politik und für die gleichen Rechte der ausländischen Mitbürger;
– die Schaffung einer Koordinationsstelle;
– die Herausgabe regelmäßig erscheinender gemeinsamer Publikationen
– Initiativen für bundesweite Aktionen wie eine Demonstration und Veranstaltungsreihe im kommenden Herbst.

Wir müssen die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer gemeinsam durchsetzen. Das bundesweite Aktionstreffen soll ein Beitrag dazu sein.

Bielefeld, 25. April 1982

Schriftliche Anmeldung an:
Duisburger Initiative für Ausländerrechte c/o U. Greive,
Wanheimer Str. 28, 4100 Duisburg 1
(Anzahl der gewünschten Schlafplätze angeben!) Tel. 0203 / 43 88 98 (werktags 18 – 20 Uhr)

**Kommunistische Volkszeitung**
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
**Redaktion.** Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.
**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

# „Hochpolitisches“ – Kein Thema für Stadtparlament

## Die Frankfurter GRÜNEN stellen Antrag auf Erklärung zur Atomwaffenfreien Zone / CDU will die Debatte verhindern

*gkr.* Nun wird wohl ein Verwaltungsgericht entscheiden, was das doch so demokratisch gewählte und damit legitimierte Stadtparlament in Frankfurt alles behandeln darf auf seinen Sitzungen und was nicht. Die Fraktion der „Grünen im Römer“ hat für die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni einen Antrag – fristgerecht – eingebracht, wonach das Frankfurter Stadtparlament das Stadtgebiet zur Atomwaffenfreien Zone erklären soll (siehe Dokument).

Solche Kampagnen sind in Großbritannien schon in verschiedenen Städten, Landkreisen oder einzelnen Regionen, wie in Wales, mit relativ großem Erfolg durchgeführt worden. So hat z.B. der Stadtrat Großlondons (GLC) im vergangenen August Großlondon ab dem 6. Juni für atomwaffenfrei erklärt. Das beinhaltet vor allem Verbot der Herstellung und Stationierung von Atomwaffen im Stadtgebiet sowie des Transports durch das Stadtgebiet. Ähnliche Beschlüsse gibt es auch in verschiedenen anderen britischen Städten. Immerhin eine Möglichkeit, eine Front gegen die Herstellung, Lagerung, Stationierung etc. von Atomwaffen auch landesweit aufzubauen.

Die Kampagne wird gegenwärtig in verschiedenen Städten in Westdeutschland vor allem, soweit es um Anträge in Stadtparlamenten geht, von den Grünen vorangetrieben. In Frankfurt war der Antrag am 3.5. beim Stadtverordnetenvorsteher Hellwig, quasi dem Präsidenten des Stadtparlaments, eingereicht worden, fristgerecht, um in der nächsten Sitzung am 3. Juni behandelt werden zu können. Doch Hellwig (CDU) war der Auffassung: Das ist kein Thema für die Stadtverordneten, die Sache falle nicht in die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung.

Juristischer Dreh- und Angelpunkt für derlei Argumentation ist ein Verfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 1958. Damals ging es, wie heute wieder, um die Frage der Atombewaffnung. U.a. die Stadt Frankfurt, neben weiteren hessischen Städten, wollte eine Volksbefragung dagegen durchführen. Der Text, der zur Abstimmung stehen sollte: „Sollen auf deutschem Boden Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet und atomare Abschußbasen eingerichtet werden?“ Die Volksbefragung wurde damals von der SPD betrieben, die mit einem entsprechenden Ablehnungsantrag im Bundestag nicht durchgekommen war.

Das, so stellten die Verfassungsrichter fest, greift in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ein, mithin habe ein Stadtparlament hier nichts zu sagen. Das habe nur sich zu äußern, wenn es sich um Aufgaben handele, die zu der örtlichen Gemeinschaft einen spezifischen Bezug hätten oder wenn die Sache (z.B. über Bebauungspläne) im Entscheidungs- und Regelungsbereich der Stadt liege. Die weiteren spezifischen juristischen Ausführungen sollen hier nicht erörtert werden, weil sie das Problem nicht klären. Es sei nur noch auf folgendes hingewiesen: Offensichtlich hatten die Herren Bundesverfassungsrichter die größte Befürchtung, daß auf diesem Wege, wenn er in vielen Städten nacheinander eingeschlagen würde, eine zwar nicht vom Bundestag beschlossene (der ja die Atombewaffnung vorantreiben wollte) aber eben doch der größten Teil der Bevölkerung der BRD erfassende Befragung durchgeführt würde. An deren Votum hätte sich ein Bundestag schwerlich vorbeischleichen können. Es ging also gewissermaßen darum, ob gegen die parlamentarische Demokratie ein Stück Demokratie vom Volke aus praktiziert würde. Und das damals von der SPD betrieben. Wie sich die Zeiten ändern!

Rechtlich bestreiten die Grünen und ihr Anwalt, der einen Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht gestellt hat, daß es sich um einen gleichgelagerten Fall wie 1958 handelt. Schließlich hätte ihr Antrag direkt mit den Belangen Franfurts zu tun. Aber insgesamt dürfte das juristische Vorgehen zwar notwendig, aber nicht ausreichend sein. Schließlich ist eine der Hauptbefürchtungen des Bundesverfassungsgerichts von 1958 lange nicht ausgeräumt: daß bezweckt werden soll, durch derartige Anträge in vielen Städten einen öffentlichen Druck zu erzeugen. Im Gegenteil!

Auf die politischen Absichten, die der Stadtverordnetenvorsteher mit seinem Vorgehen verfolgt, wirft denn der Hinweis darauf, daß diese Stadtverordnetenversammlung ja schon zur Polen-Solidarität, die sicherlich über die Kompetenz der Stadt hinausgeht, Beschluß gefaßt hat, ein deutliches Licht. Und daß die CDU nicht gerne kurz vor ihrer „Friedensdemonstration“ am 5. Juni in Bonn den Antrag der Grünen ablehnen würde, scheint sicher ein Motiv für das Vorgehen des Stadtverordnetenvorstehers.

Es ließe sich noch auf einige Parallelen hinweisen: 1957 hat die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung – unbeanstandet – einen Beschluß gefaßt, mit dem sie die 18 Atomphysiker, die sich gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ausgesprochen hatten, unterstützte. Darin waren auch einige Forderungen an die Bundesregierung enthalten. In verschiedenen Städten der BRD werden mittlerweile ebenfalls Anträge für atomwaffenfreie Zonen diskutiert, offensichtlich wird die Debatte im wesentlichen vor allem in Hessen von vornherein verhindert. In Nürnberg hat der Stadtrat darüber schon enschieden: 42 von 70 waren in einer Abstimmung gegen einen ebenfalls von den Grünen eingebrachten Antrag. In Hofgeismar, ebenfalls Hessen, wurde die Debatte im Stadtparlament mit ähnlicher Begründung wie in Hessen abgelehnt. Das Verwaltungsgericht hat dort schon entschieden: Im Interesse der herrschenden Parteien.




### Antrag der GRÜNEN IM RÖMER

*Betr.: Atomwaffenfreie Zone Frankfurt am Main*

Der Magistrat wird beauftragt, folgende Entschließung den Teilnehmern des NATO-Gipfel-Treffens im Juni 1982 in der Bundeshauptstadt Bonn, der Bundesregierung, den Fraktionen des Bundestages und den Botschaften der UdSSR und der USA im Namen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main zu übermitteln:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main erklärt hiermit, daß sie im Interesse der Bürger dieser Stadt eine Lagerung, Stationierung und den Transport von Atomwaffen im gesamten Stadtgebiet ablehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main fordert die Bundesregierung auf, diesen frei gefaßten Beschluß der gewählten Vertreter der Frankfurter Bevölkerung zu achten und in ihren weiteren Plänen zu berücksichtigen.

Der Magistrat wird beauftragt, allen Plänen zur Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen seiner gegebenen Möglichkeiten entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Insbesondere ist jede Unterstützung solcher Pläne durch Bereitstellung von Grundstücken oder Versorgungsleistungen in jeder Form abzulehnen.

# „Wissenschaft in einer Welt der Krisen“

## Ergebnisloser Versuch, mit reaktionärer Politik das Ansehen „der Wissenschaft“ zu fördern

*A.S. Westberlin.* „Es ist offensichtlich, daß die ganze Welt mit einem weiten Spektrum von Krisen konfrontiert ist. Das Berliner Symposium will Wege benennen, wo die Wissenschaft mobilisiert werden kann, um zur Lösung der Probleme beitragen zu können.“

So wird das Ziel des Symposiums „Science in a world of crises“ (Wissenschaft in einer Welt der Krisen), das vom 21.–23. Mai in Westberlin stattfand, in einer Presseerklärung des Weizmann Institute of Israel und des Aspen Institut Berlin, umrissen.

Das Weizmann Insitut, das in erster Linie Initiator und Träger der Tagung war, ist ein naturwissenschaftliches Forschungszentrum in Rehovot nahe Tel Aviv. Gegründet wurde das Institut 1934 vom zionistischen Führer und Chemiker Chaim Weizmann. Das Institut finanziert sich in erster Linie aus „Zuwendungen und Schenkungen“. Arbeitsschwerpunkte des Weizmann-Instituts sind die Immunologie, Alters-, Hirn- und Krebsforschung, Energiefragen, Theoretische Physik, Kernenergie einschließlich der geheimgehaltenen Nukleartechnik und Industrialisierung, wo mit Hilfe angeschlossener Firmen für die Errichtung von Industrieunternehmen „praktische und wissenschaftliche Hilfe“ geliefert wird.

Das Aspen Institut Berlin ist Teil des amerikanischen „Aspen Institute for Humanistic Studies“. Das Ziel dieser Einrichtung ist es, „Seminare und Arbeitskreise zu brennenden Fragen der Zeit“ zu organisieren, die durchweg nicht öffentlich sind. Das Arbeitsprogramm des Aspen-Insituts umfaßt „Probleme der Industriegesellschaften“ wie Waffenkontrolle, Energieversorgung, Probleme der Ernährung, des Klimas und des Bevölkerungswachstums, Folgen neuer Wissenschaftsentwicklungen, „Tradition und Modernisierung“ und „Executive seminars“ zur Schulung von Führungskräften.

Die Schwerpunktbereiche dieser Tagung spiegelten in etwa auch die Arbeitsbereiche der Veranstaltung wieder:

1. Das Energie-Problem
2. Die neue Biologie und ihre Auswirkungen
3. Chemie, Technologie und die gegenwärtige industrielle Revolution
4. Wissenschaft im Rang nationaler Prioritäten
5. Wissenschaft und Kunst

An der Tagung nahmen u.a. neben Weizsäcker, Laurien, Kewenig vom westberliner CDU-Senat Prof. Biedenkopf (CDU), Henry Kissinger (ehem. US-Außenminister), Staatssekretär Haunschild und Bundesministerin Hamm-Brücher als Vertreter der Politik teil. Neben etlichen Wissenschaftlern verschiedenster Einrichtungen waren die Vorsitzenden der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft Nobelpreisträger Eigen, Vertreter der Chemischen Industrie und der Presse anwesend.

Die Tagung war in der westberliner Presse breit angekündigt worden, doch der erhoffte Effekt, ein breiteres Publikum – zumindest aber „junge Menschen“ (Studenten) – für eine Teilnahme zu gewinnen, blieb aus. Der erlauchte Kreis war praktisch unter sich.

Prof. Sela, Präsident des Weizmann-Instituts, umriß die Probleme, die sich seiner Meinung „der Wissenschaft“ stellen, wie folgt: Wissenschaftliche Erfolge werden von Mißerfolgen überschattet, „die Wirtschaft“ gerate in Mißkredit, die staatliche finanzielle Unterstützung bliebe unter Druck der Öffentlichkeit aus.

Drei wesentliche Fragen stellte er sich und den Tagungsteilnehmern für diese Tagung:

1. Kann die moderne Wissenschaft die Krisen in der Welt abwenden und wenn ja wie?
2. Oder befördert die moderne Wissenschaft die Krisen?
3. In welchem Grad nimmt die moderne Wissenschaft Schaden (oder Nutzen) durch die Krisen?

Selas Antwort bewegte sich in dem Argumentationsmuster: Die Wohltaten der Wissenschaft überwiegen unbegrenzt gegenüber dem Versagen, man müsse mit dem „Rest der Welt“ (Nichtwissenschaftlern) einen Dialog beginnen, um die Rolle der Wissenschaft zu verdeutlichen.

Er, wie auch etliche andere Redner bemühten sich in den drei Tagen angestrengt, die positiven Seiten wissenschaftlicher Entwicklung hervorzuheben. Da aber die Mehrzahl der Wissenschaftler in Institutionen tätig sind, in denen Grundlagenforschung und z.T. auch Kriegsforschung miteinander verquickt sind, war der vermeintliche Versuch, klare Antworten z.B. auf die Frage der gesellschaftlichen Verantwortung des Wissenschaftlers zu finden, von vornherein zum Scheitern verurteilt – bestand doch der Konsens der Tagungsteilnehmer, eine Kritik ihrer Tätigkeit und der staatlichen Machtorgane der Staaten, in denen sie tätig sind (USA, BRD, Israel), tunlichst zu vermeiden. Und da man sich mit „den Politikern“ zum „Nutzen der Wissenschaft“ auch noch näher kommen wollte, mußten die „wissenschaftlichen“ Absichterklärungen als allgemeine Plattheiten erscheinen, in der Konsequenz liefen sie aber auf die vorbehaltlose Unterstützung imperialistischer Politik heraus.

Daß die Tagung zu einer Verbindung aus idealistischer, naiver Wissenschaftsanschauung und reaktionärer Weltanschauung wurde, dafür sorgte schon zu Beginn die Rede von Henry Kissinger. In seiner Rede wandte sich Kissinger insbesondere gegen die Ziele der Friedensbewegung. Einseitige Abrüstung käme für ihn ebenso nicht in Frage, wie der Verzicht auf den möglichen atomaren Erstschlag. Schließlich basiere die Verteidigung des Westens seit über 30 Jahren auf nuklearen Waffen.

Und bezüglich eines Friedens im Nahen Osten sagte er, bei den West Banks werde es wohl darauf hinauslaufen, daß Israel ein bißchen mehr Land und die Araber ein bißchen weniger bekommen werden.

Es war schon wahrlich ein meisterliche Leistung, wie elegant insbesondere die israelischen Wissenschaftler mit dem Wort „Krise“ hantierten und damit im engeren Sinn stets die „weltweite Überbevölkerung und die weltweit atomare Bewaffnung“ meinten, ohne die Krise im eigenen Land überhaupt jemals beim Namen zu nennen: Z.B. die Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit Militärgewalt.

Dementsprechend waren die auf der Tagung dargelegten Lösungsstrategien: Für Prof. Dostrovsky (Israel) besteht die vordringlichste Aufgabe, sich vom Erdöl unabhängig zu machen und die Verstromung maximal voranzutreiben und zwar mit Hilfe der Schnellen-Brüter-Technologie. Mögliche negative Folgen, die bei der Kernenergieproduktion auftreten können, blieben ebenso unerwähnt, wie die Folgen bei ständig steigendem Energieverbrauch auf die Umwelt.

Für den Genetiker Prof. Starlinger (Köln) sind bei der Gentechnologie Risiken abwegig. Selbst bei der Genmanipulation beim Menschen im embryonalen Zustand sehe er keine realen Gefahren, dazu seien die Forscher zu „vernünftig“.

Daß der vielbeschworene „Dialog mit den Politikern“ nicht zustande kam, lang ganz einfach daran, daß sie ihre Anwesenheit so ziemlich auf ihren Auftritt beschränkten.

Während Biedenkopf Wert auf die Trennung der Aufgaben von Wissenschaft und Politik legte, bemängelte Hamm-Brücher das fehlende Engagement von Wissenschaftlern in der Politik. Biedenkopfs bekannte Formel blieb insofern eine hohle Phrase, da sie mit der Realität nicht mehr in Einklang zu bringen ist: Vielleicht mag sie noch auf bestimmte Bereiche der Grundlagenforschung Anwendung finden können, für die Mehrzahl der anwesenden Wissenschaftler des Weizmann-Instituts aber sicher nicht, deren wissenschaftliche Tätigkeit engen politischen Rahmenbedingungen unterworfen ist.

Nach drei Tagen hatte man eine Mischung aus wissenschaftlichen Detailinformationen, Berichten euphorischer Wissenschaftsentwicklung, wissenschaftsprogrammatischen Plattheiten, partiellen Hiobsbotschaften (Prof. Cramer), Klagelieder über das Unverständnis der Menschen draußen und reaktionären politischen Erklärungen.

Auf der abschließenden Pressekonferenz wurde die Frage gestellt, was denn die Tagung nun gebracht hätte. Zunächst hielt man die Frage offensichtlich für unzulässig, ging dann indirekt darauf ein: Zwar sei die erwünschte Öffentlichkeit ausgeblieben, man habe das Weizmann-Institut aber wirkungsvoll in Szene setzen und den Kontakt zu den Politikern fördern können. Und man habe „sich wieder getroffen und über drei Stunden verlebt“. Die deutsch-israelisch-amerikanische Zusammenarbeit sei gefestigt worden.

Daß neue Anhaltspunkte gefunden wurden, um mit Hilfe „der Wissenschaft“ Auswege aus „der Krise“ zu weisen, dazu konnte sich schwerlich jemand versteigen.

Die Kriterien, nach denen Fehlentwicklungen in Wissenschaft und Technik vermieden oder gar ausgeschaltet werden sollten, blieben weiterhin unklar. Stattdessen erging man sich in idealistischen Kategorien, wie „humanistischer Geist“, „Vernunft“ und „das Gute im Menschen“. Die Tatsache aber, daß trotz des Hochhaltens dieser „Werte“ bislang jedes Verbrechen möglich war, hinterließ den faden Nachgeschmack von Unglaubwürdigkeit und bei dem ein oder anderen Pressevertreter den Eindruck, daß nun „die Wissenschaft“ selbst in einer Krise stecke.

## Krach um Landreform in El Salvador

*kvz.* Das neue Parlament in El Salvador hat in der vergangenen Woche beschlossen, für mindestens eine Ernteperiode, d.h. ein bis vier Jahre, die Landreform auszusetzen. Vor allem ging es dabei um das Dekret 207, in dem den armen Bauern das Recht eingeräumt wird, knapp 7 ha des von ihnen bewirtschafteten Landes für sich in Anspruch zu nehmen. Der Parlamentsvorsitzende und Chef der Todesschwadronen, d'Aubuisson, erklärte auf einer Pressekonferenz, dies geschehe nicht etwa, um die Landreform zu vereiteln, sondern lediglich für eine begrenzte Zeit zur Ankurbelung der Wirtschaft. Inzwischen hat der Chef der salvadorianischen Armee, Garcia, erklärt, daß die Armee zur Landreform stehe und ihre Durchsetzung notfalls erzwingen werde. Die Armee dürfte auch vor dem US-Senat Angst haben, wo mehrere Senatoren nach dem Parlamentsbeschluß die US-Regierung aufgefordert haben, die Militärhilfe an El Salvador zu streichen. Das amerikanische State Department verteidigt bis jetzt jedoch die Entscheidung des salvadorianischen Parlaments.

## Wahlsieg der Sozialisten in Andalusien

*chm.* In Andalusien, der bevölkerungsreichsten spanischen Provinz (die Schätzungen schwanken zwischen 4,3 und 6 Mio. Einwohner) ist die Sozialistische Partei, PSOE, absoluter Gewinner der Wahl zum regionalen Parlament, die am vergangenen Sonntag stattfand. Verloren hat eindeutig die in Madrid regierende Partei, UCD. Während die Sozialisten 52,56% der Stimmen erhielten, sackte die UCD von 31,8% in den Wahlen von 1979 auf 13,9%. Die Kommunistische Partei Spaniens, PCE, hat ebenfalls verloren. Sie erhielt nur 8,5% im Vergleich zu 13,3% im Jahre 1979. Zweiter Gewinner der Wahl ist neben der PSOE die faschistische Volksallianz, deren Vorsitzender, Fraga Iribarne, zeitweise spanischer Innenminister unter Franco war. Sie hat ihr Ziel erreicht, wie in Galizien, die UCD zu überholen. Iribarnes Partei schnellte von 4,3 auf 17% hoch. Der Wahlsieg der Sozialisten gilt als Vorentscheidung für die

ner der Wahl ist neben der PSOE die faschistische Volksallianz, deren Vorsitzender, Fraga Iribarne, zeitweise spanischer Innenminister unter Franco war. Sie hat ihr Ziel erreicht, wie in Galizien, die UCD zu überholen. Iribarnes Partei schnellte von 4,3 auf 17% hoch. Der Wahlsieg der Sozialisten gilt als Vorentscheidung für die

kommenden allgemeinen Wahlen, die entweder schon diesen, spätestens aber im Herbst 1983 stattfinden sollen. Die Wahlniederlage der UCD wird auf ihren Rechtskurs zurückgeführt, den sie seit dem Rücktritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Suarez im November 1980 und die Übernahme der Regierung durch Calvo Sotelo eingeschlagen hat. Vor allem aber seit dem gescheiterten Putschversuch im Februar 1981. Dieser Rechtsruck hat sich vor allem in der Verschärfung der Gesetze zur inneren Sicherheit und der Ablehnng der vom linken Parteiflügel vorgeschlagenen Novellierung des Scheidungsrechts niedergeschlagen. Für die PSOE wird es schwierig sein, ein politisches Konzept für die Lösung der in Andalusien anstehenden Aufgaben zu entwickeln: die Arbeitslosigkeit ist auf 20% geklettert, und die fällige Landreform, die die 833 Großgrundbesitzer, die über 1000 ha Land besitzen, enteignet und das Land an die armen Bauern verteilt, ist von ihnen während des ganzen Wahlkampfs mit keinem Wort erwähnt worden.

## KGB-Chef Andropow wird ZK-Sekretär

*kvz.* Mit der Wahl des KGB-Chefs Jurij Andropow zum Sekretär des ZK der KPdSU ist dieser in den Kreis der engsten Machthaber aufgestiegen, die sowohl dem Politbüro wie dem ZK-Sekretariat angehören. In der Arbeitsteilung dieser Gremien dürfte er die Nachfolge Suslows als „Chef-Ideologe" antreten. Andropow leitet den KGB seit 1973 und ist für die systematische Zerschlagung der Dissidentengruppen unmittelbar verantwortlich. Zugleich reicht der Arm seiner Organisation weit in die anderen Paktstaaten. 1956 leitete Andropow als Botschafter in Budapest bereits die Niederschlagung des Aufstands.

## Vietnamesische Arbeitssklaven zur Schuldentilgung bei der SU

*kvz.* Nach Berichten aus Japan arbeiten z.Zt. mindestens 10000 vietnamesische Arbeiter in der Sowjetunion als Mittel, um Vietnams Schulden an seine Schutzmacht zurückzuzahlen. Die Schuldenlast liegt zwischen 2 und 3 Mrd. $ und ist hauptsächlich auf Vietnams Überfall auf das Demokratische Kampuchea zurückzuführen. Die 10000 Arbeiter ermöglichen Vietnam eine Schuldentilgung von 300 bis 400 Mio. $ jährlich. Es könnte sein, daß sich ihre Zahl auf 50000 erhöhen werde. Arbeiten müssen die Vietnamesen vor allem im Bereich der Leichtindustrie. Sie dürfen nur 40% vom Arbeitslohn behalten, die restlichen 60% wandern in die Kassen der SU. Es scheint, daß sich die Arbeiter freiwillig zu diesem Sklavendienst gemeldet haben, da es ihnen dann immer noch besser geht als in Vietnam, wo Arbeitslosigkeit und Hungersnöte die Lage der Bevölkerung immer drückender werden lassen.

dern in die Kassen der SU. Es scheint, daß sich die Arbeiter freiwillig zu diesem Sklavendienst gemeldet haben, da es ihnen dann immer noch besser geht als in Vietnam, wo Arbeitslosigkeit und Hungersnöte die Lage der Bevölkerung immer drückender werden lassen.

## 50000 auf Friedensdemonstration in Wien

*kvz.* Auf dem Wiener Rathausplatz versammelten sich am vergangenen Sonntag über 50000 Menschen, die dem Aufruf von mehr als 100 Organisationen zu einem Friedensmarsch gegen die Rüstung in Ost und West gefolgt waren. Teilgenommen haben auch Vertreter der regierenden SPÖ und der Oppositionspartei ÖVP. Die Friedensbewegung in Österreich muß sich mit dem Problem des Waffenexports dort rumschlagen, der eine der wichtigsten Produktionszweige des Landes darstellt.

# Griechische Sozialisten ein halbes Jahr an der Regierung

### Zwei Gesetzentwürfe fordern die Kapitalisten heraus

*thm.* Nach der Erringung der absoluten Mehrheit der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) in Griechenland vor 6 Monaten sahen wir in dieser Zeitung die „Sonne über Griechenland" aufgehen. Inzwischen befindet sich die sozialistische Regierung in der Tagesarbeit und hat es sich noch nicht herausgestellt, ob sie mit den anstehenden Problemen fertigwerden kann.

Nach einigen kleineren Reformen zu Beginn, u.a. Indexierung der Löhne an die Preissteigerungsrate, Familienrecht usw., geht es nun an die Stellen, wo der Elefant sein Wasser läßt. Zwei Gesetzentwürfe liegen vor, die auf den grundsätzlichen Widerstand der Kapitalisten stoßen. Zum weiteren entwickelt sich mehr und mehr die außenpolitische Linie der Regierung.

Mit einem neuen Gesetz zu den privaten Investitionen in unterentwickelten Gebieten soll Schritt für Schritt an die Probleme der griechischen Wirtschaft gegangen werden. Die Industrie Griechenlands weist große strukturelle Unterschiede auf. Eine hochmoderne Industrie ist praktisch vollkommen konzentriert auf die Regionen Athen sowie Saloniki. 50% des in Griechenland investierten Kapitals ist griechisch. 35% sind amerikanisch, über 10% liegen in westeuropäischen Händen. Dieses Verhältnis dürfte in den Regionen Athen und Saloniki noch mehr zugunsten der ausländischen Anteile ausfallen. Die Hauptmasse der griechischen Betriebe sind kleine Unternehmen unter 20 oder knapp darüber Beschäftigten, die entweder für einen beschränkten Konsumgütermarkt produzieren oder direkt Anhängsel der modernen internationalen Betriebe sind. In den anderen Regionen Griechenlands existiert eine arme, nur in wenigen Gebieten weiterentwickelte Landwirtschaft, wo von einer Industrialisierung fast überhaupt nicht die Rede sein kann.

Der neue Gesetzentwurf sieht nun
hängsel der modernen internationalen Betriebe sind. In den anderen Regionen Griechenlands existiert eine arme, nur in wenigen Gebieten weiterentwickelte Landwirtschaft, wo von einer Industrialisierung fast überhaupt nicht die Rede sein kann.

Der neue Gesetzentwurf sieht nun vor, durch Zuschüsse, Erlaß von Kapitalsteuern, größerer Abschreibungserlaubnis oder Bürgschaften für Kredite Unternehmen zu Investitionen in diesen unentwickelten Gebieten zu bewegen. Dabei sollen direkte Zuschüsse aber nur für Investitionen unter 400 Mio. Drachmen gewährt werden. Über diese Summe hinaus sollen die Zuschüsse nur in einer ansteigenden, schließlich paritätischen Beteiligung des Staates an diesen Unternehmen gewährt werden. Weiterhin wird die Freiheit der Kapitale eingeschränkt, nach der Investition und nach Erhalt der Zuschüsse schließlich mit ihrer Investition machen zu können, was sie wollen. Jedes Kapital, das Zuschüsse erhalten will, muß jede Kapitalbewegung, die mehr als 20% des Kapitals betrifft, der Regierung anzeigen. Damit behält sich der Staat eine Kontrolle vor und könnte z.B. einen Verkauf an ein ausländisches Unternehmen verhindern.

Es ist durchaus möglich, daß mit einer solchen Strategie Griechenland in Fertigwaren auf den internationalen Märkten konkurrenzfähiger wird. Einige Industriebetriebe wird es wohl auch in die unterentwickelten Gebiete leiten. Nicht absehbar ist aber, wie diese Reform zum Ausgangspunkt werden soll, die Abhängigkeit von ausländischen Produktionsmitteln und die Herrschaft der multinationalen Konzerne über die entwickelten Industrien zu überwinden. Sowieso stößt die Regierung schon an erste schwierige Widerstände. So sollten durch einen Artikel des Gesetzentwurfes ca. 1250 kommerzielle, industrielle und Schiffahrts-Verwaltungen aus der Region Athen-Piräus verlagert werden. Dieser Artikel mußte von Papandreou schließlich selber geändert werden.

Der zweite Gesetzentwurf bezieht sich auf gewerkschaftliche Rechte. Aussperrungen sollen illegal werden, die gewerkschaftlichen Rechte auch auf Betriebe mit 20–40 Beschäftigte ausgedehnt werden. Den Gerichten wird die Befugnis entzogen, bei Streiks eine Wiederaufnahme der Arbeit für eine „Abkühlungsperiode" zu erzwingen. Sympathiestreiks und Streiks zur direkten Unterstützung von Arbeitern in anderen Branchen werden erlaubt. Erlaubt sind danach auch Streiks von Arbeitern in einem multinationalen Konzern, um die Arbeiter in einem anderen Land im Kampf gegen den gleichen Konzern zu unterstützen. Politische Streiks, wenn die „Demokratie in Gefahr ist" sollen zugelassen werden. Logisch, daß die herrschende Klasse gegen diesen Gesetzentwurf anrennt.

Furore hatte Papandreou mit seiner Forderung nach Austritt aus der NATO gemacht. Dies war wohl mehr als Drohung gegenüber den USA zu verstehen. In der NATO vertritt Griechenland inzwischen pointierte Positionen, z.B. blockierte es eine zeitlang den Beitritt Spaniens zur NATO. Weiterhin droht es mit dem Entzug der Stützpunkte für die US-Flotte. Mit dieser Politik verfolgt Griechenland ganz pragmatische Ziele. Zum einen die Garantie der USA, Griechenland zur Seite zu stehen, wenn die Türkei versuchen sollte, eigene Hoheitsrechte über die Ägäis gegen Griechenland militärisch durchzusetzen. Weiterhin will Papandreou im Zypern-Konflikt die Einschaltung internationaler Gremien, um durch eine Internationalisierung eine bessere Position gegen die türkische Besetzung des Nordteils der Insel zu erringen.

Haig hat bei seinem Besuch in Athen Griechenland zumindest zwei Zusagen gemacht. Das Wertverhältnis der amerikanischen Militärhilfe für die Türkei und Griechenland wird auf 10 zu 7 festgelegt, womit die griechische Regierung glaubt, das Machtgleichgewicht in der Ägäis halten zu können. Die griechische Marine erhält zudem eine Lieferung von US-Schiffsraketen. Daraufhin zeigte die Regierung Entgegenkommen: Mit den Stimmen der Sozialisten ratifizierte das griechische Parlament als letzter Nato-Partner den Beitritt Spaniens zur Nato.





Anläßlich des 7. Jahrestages der türkischen Besetzung der zyprischen Stadt Morphou demonstrierten 1981 griechische Flüchtlinge aus Morphou.

# Was haben die Alternativen mit der OPEC zu schaffen?

*thm.* Vergangene Woche ging die turnusmäßige Halbjahreskonferenz der OPEC-Länder zuende. Sie war gekennzeichnet durch die Schwierigkeiten der OPEC-Länder, ihre Einnahmen zumindest stabil zu halten. Hierfür spielen sowohl die Preise wie die absetzbaren Mengen eine Rolle. Diese sind bisher von der OPEC auf 34 Dollar pro barrel bzw. 17,5 Mio. Tonnen/Tag festgelegt. Diese Regelungen wurden noch einmal fortgeschrieben, deutlich wurden aber auch die zunehmenden Schwierigkeiten.

Die Preise waren in letzter Zeit erheblich unter Druck gekommen, wofür verschiedene Faktoren verantwortlich waren. Zum einen geht aufgrund der Krise in den Industrieländern die Nachfrage zurück. So sank der Rohölverbrauch von 1979 bis 1981 um 13%. Der Hauptrückgang in der BRD lag dabei auf schwerem Heizöl, das nur in der Industrie verbraucht wird. Allein 1981 waren es hier −13%. Andere Bereiche, wie Motorenbenzin, gingen 1981 um ca. 5% zurück, vor allem duch Verschlechterungen der Einkommen der Lohnabhängigen. Eine Rolle hat natürlich auch die Ersetzung von Rohöl durch Kohle usw. gespielt.

Weiterhin verfolgen die Ölkonzerne eine gezielte Politik des Vorratsabbaus. Die gesamten Vorräte in der BRD gingen von April 81 bis April 82 um 14% zurück. Durch diesen Abbau konnten die Ölkonzerne die Spotmärkte mit bis zu 4 Mio. barrel/Tag zusätzlich belasten und somit die Preise drücken. Gezielter Druck wird auch durch Abnahmesenkungen bei Ländern ausgeübt, die sich keinen Dollar Einnahmerückgang erlauben können, wie Nigeria.

Die OPEC-Länder kontrollieren inzwischen nur noch 39% der Weltproduktion. Die nichtkartellierten Produzenten drücken die Preise. So wird Nordseeöl in den letzten Monaten um 5,5 Dollar pro barrel billiger angeboten als OPEC-Öl. Mexico, das kein Mitglied ist, verkauft Öl um 2,5 Dollar billiger. Mexico hält sich natürlich auch nicht an irgendwelche Produktionsbeschränkungen und forciert seinen Ölexport, um seiner Schulden Herr zu werden. Aber auch innerhalb der OPEC gibt es Sorgen vor allem mit dem Iran, der die Finanzierung seines Krieges sichern will. Obwohl dem Iran nur 1,2 Mio. barrel/Tag zustehen, produziert er wohl bis zu 2 Mio. barrel und liefert zu einem Preis z.T. von 28 Dollar.

Inzwischen konnten die Preise etwas stabilisiert weren, weil sich der Druck auf die Märkte durch den Vorratsabbau der Konzerne ausläuft. Weiterhin zeichnen sich am Horizont leichte Produktionssteigerungen der Industrieländer ab, auf die die OPEC-Länder hoffen. Die arabischen Emirate und Saudi-Arabien drängen auf eine baldige Aufhebung der Produktionsquoten. Sie meinen, daß dies innerhalb der nächsten Monate aufgrund eines Aufschwungs in den Industrieländern möglich sei.

Zwar wurden die Quoten fortgeschrieben, aber hierüber wird es wahrscheinlich im Juli zum heftigen Krach kommen. Dagegen sind vor allem die kleinen Produzenten wie Ecuador, die Schwierigkeiten haben, ihr Öl bei gesunkener Nachfrage überhaupt noch loszuwerden. Gegenwärtig erreichen diese Länder noch nicht einmal die erlaubten Quoten.

Trotz der mittelfristig günstigen Aussichten, den Rohölpreis auf einem Niveau über 30 Dollar zu halten, ist dies nur erkauft durch einen absoluten Rückgang der Einnahmen, weil weniger verkauft werden kann. Die Produktion ist auf 51% der Kapazitäten zurückgegangen. Die Überschüsse sind nach einer Schätzung der Bank von England von 110 auf 65 Mrd. Dollar zurückgegangen, die zudem noch sehr ungleich verteilt sind. Dies wirft jetzt schon verschiedene Länder in eine heftige Krise ihrer Zahlungsbilanzen. Schulden können kaum noch zurückgezahlt werden. Ganze Entwicklungsprojekte, wie in Nigeria, stehen auf dem Spiel.

Die kapitalistische Politik reagiert gesetzmäßig auf die Entwicklung des Ölmarktes. Zum einen sinkt der eigene Absatz der Ölkonzerne. Deshalb finden überall Vernichtungen von Anlagen statt. Mobil Oil schließt seine Raffinerie in Amsterdam, die größte in Europa und erst seit 14 Jahren in Betrieb. Zum anderen wird die Ersetzung von Rohöl durch heimische Produktion oder andere Rohstoffe zurückgenommen. Exxon hat gleich drei Großprojekte in den USA für Benzingewinnung aus Kohle und Rohölproduktion aus Ölschiefer oder Ölsand aufgegeben. Zu erwarten ist in diesem Zusammenhang, daß auch wünschbare technologische Entwicklungen in alternativer Energieproduktion von den kapitalistischen Ländern mit noch geringerem Engagement vorangetrieben werden, als sowieso schon.

Nach Vorstellungen der Linken soll eine alternative Energiepolitik durch andere Technologien oder durch Umstrukturierung der Bedürfnisse z.B. im Verkehr verfolgt werden. Eine derartige Politik wird auf die Rohölmärkte diesselben Auswirkungen haben wie die kapitalistische Krise oder Erpressungspolitik: Rückgang der Nachfrage, also auch sinkende Preise und Absatzmengen. Der Verweis auf die Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung nutzt da nicht viel. Der eingeforderte Rohstoffond sieht Ausgleichslager vor, die durch gezielten An- und Verkauf die Preise stabil halten. Aber ein größerer Rückgang des Verbrauchs ließe sich damit nicht mehr auffangen. Außerdem wird die Raffinierieproduktion in den Förderländern selber eingefordert. Aber auch damit ließe sich das Problem eines größeren Nachfragerückgangs eben auch bei raffinierten Produkten nicht lösen. Die alternative Bewegung sollte sich daher anläßlich der jetzigen aktuellen Probleme der Ölförderländer schon einmal Gedanken darüber machen, wie sie sich in diesem Widerspruch mit diesen Ländern arrangieren könnte.



Reisanbau in Tamil-Nadu

*Klassengewalt jenseits der Kasten*

# Indien: Der Krieg gegen die Armen auf dem Lande

Von Vijay Singh

Wir drucken hier den zweiten Teil eines in *Le Monde Diplomatique* (Mai 1982) erschienenen Artikels nach, der versucht, die heutigen Klassenverhältnisse auf dem Lande, die Überlagerung der Kastenunterschiede, die dennoch ihre Bedeutung nicht verloren haben, auf dem Hintergrund der verschiedenen Entwicklungsstrategien seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947 zu erklären. – Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß sich gerade in jüngster Zeit die sozialen Widersprüche in einem Aufschwung der Kämpfe in Stadt und Land niederschlagen, ohne daß bislang ein Weg und ein Programm und eine sozial soweit geeinte Kraft zur Revolutionierung der indischen Gesellschaft auf den Plan getreten wären.

Wie erklärt sich das Auftauchen jener „Kulaken"organisationen, die Ende der 60er Jahre einen solchen Aufschwung nahmen, als sie sich der bereits im Schwinden begriffenen Hegemonie der Kongreßpartei widersetzten? Wie übernahmen auf der anderen Seite die *Harijan* die Doppelrolle – als „Stimmenbank" für eine Partei der Bourgeoisie wie die Kongreßpartei zu dienen und gleichzeitig ihrem fieberhaften Wunsch Ausdruck zu verleihen, ihre Klassenenergien jenseits der festgefahrenen Muster der wichtigsten politischen Parteien des Landes zu organisieren?

### *Der Aufbau des Staates und die Verheißungen von Nehrus „Sozialismus"*

Zum einen ergibt sich die Antwort aus der besonderen Staatsform, in deren Rahmen sich die kapitalistische Entwicklung im Laufe der 20 Jahre, die der Unabhängigkeit von 1947 folgten, vollzog – eine Periode, die von der unumstrittenen Hegemonie der Kongreßpartei gekennzeichnet ist.

In Abkehr von der Erfahrung anderer Länder der Dritten Welt versuchte man in Indien ein Wirtschaftssystem zu errichten, das, anstatt dem Kapital in den Metropolen unterworfen zu sein, schließlich einmal auf einer Industrialisierung auf großer Stufenleiter ruhen und den privaten mit dem öffentlichen Sektor verbinden sollte, um so die Produktivkräfte des Landes entwickeln zu können. Der Staat verstand die wirtschaftliche Entwicklung nicht als Realisierung eines von einer einzigen Klasse allein ausgearbeiteten Programms, sondern eher als ein nationale Aufgabe, eine gemeinsame Anstrengung aller Schichten zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Kurz, für Nehru entsprang das Aufblühen eines modernen Staats nicht aus der Nivellierung breiter, schon in unvorstellbarer Armut erstarrter Schichten, sondern im Gegenteil aus der Ausbildung von Strukturen, die ihren Interessen Rechnung tragen und sie so „teilhaben" lassen sollten am Leben der Nation. Diese Konzeption speiste sich eher aus den Slogans von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – als aus einem klaren Bewußtsein der politischen Situation einer Epoche, die von den Streikwellen der Nachkriegszeit und den massiven Agrarrevolten in Andhra-Pradesh und Westbengalen gezeichnet war.

gezeichnet war.

### *Gegen willkürliche Ausbeutung*

So erklärt die doppelte Rationalität der Partei an der Macht – Politik der Hegemonie und pragmatisches Wahlverhalten – die Ingangsetzung eines Wirtschaftsprogramms unter volkstümlichen Lobgesängen auf den „Sozialismus" Nehrus. Die ersten Sitzungen des Parlaments und der Planungskommissionen aber waren von schroffen Debatten über die sozialistische „Entwicklung" und die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien geprägt.

Was die Agrarprogramme betrifft, ging man vom reaktionären und unproduktiven Charakter der *Zamindari* (Grundbesitzer) aus. Weitläufige Reformpläne wurden vorgelegt, die Einführung eines Mindestlohns und einer Obergrenze für den Landbesitz wurden vorgeschlagen. In den radikalsten Reihen der Kongreßpartei war sogar die revolutionäre Losung: „Das Land denen, die es bebauen!" zu hören. Man räumte den Unberührbaren einen Platz ein (dem Volk Gottes, nach dem religiös gefärbten Vokabular Gandhis). Sie erhielten einen genau definierten verfassungsmäßigen Status mit dem unübersehbaren Ziel, ihre gefühlsmäßigen Bindungen an die Kongreßpartei zu stärken. Der „Klassenblock", den die Kongreßpartei zwischen das große Kapital auf der einen Seite und die *Harijan* auf der anderen schieben wollte, war ein ganz besonderes Gemisch aus religiöser Toleranz, Bourgeois-Liberalismus und klarer Einschätzung des Wählerverhaltens. Die Versprechungen der indischen Verfassung nach der Unabhängigkeit zielten auch darauf ab, diesen „Block", den man bereits 1947 avisierte, zu festigen. Von solchen ideologischen Motiven geleitet, erließ die Verfassung besondere Maßnahmen für die am meisten benachteiligten sozialen Schichten, die ihnen einen allmählichen, gleichwohl begrenzten Zugang auf unterschiedlichen Wegen zu Ausbildungseinrichtungen, Ämtern im Dienste der Regierung, zu Provinzialversammlungen und zum Parlament verschaffen sollten. Diese vom Kongreß bestätigten Vorkehrungen stellten – wie begrenzt sie auch immer in ihrer konkreten Anwendung gewesen sein mögen – immerhin die erste Handlung im Namen der modernen bürgerlichen Moral gegen die alte fatalistische Sicht der Schichtung der Gesellschaft dar, wie sie dem traditionellen Kastensystem innewohnt.

Wie opportunistisch sich die Kongreßpartei auch in den Wahlen jeweils verhalten hat, so hat sie doch tatsächlich versucht, gesetzliche Schranken gegen die willkürliche Ausbeutung zu errichten, der sich die Unberührbaren gegen die willkürliche Ausbeutung zu errichten, der sich die Unberührbaren ausgesetzt sahen. Darin besteht ein erstes Element einer Erklärung für die Unterstützung der Partei durch die *Harijan*, die in den Wahlkampagnen nach 1947 ihr eigentliches Rückgrat bildeten. Noch heute bedeuten sie für Indira Gandhi eine passive „Stimmenbank".

### *Die Nutznießer der „grünen Revolution"*

Aber die Wirtschaftspolitik der 2 Jahrzehnte, die auf die Unabhängigkeit folgten, hat gleichzeitig zur Herausbildung und politischen Konsolidierung jener Fraktion innerhalb der Bauern, der „Kulaken", beigetragen, die heute so aktiv in den Spannungszonen auf dem Land sind. Während des Unabhängigkeitskampfes konnte sich die Kongreßpartei beträchtlicher Unterstützung von Bauern erfreuen, die mit den Agrarreformen der 50er Jahre belohnt wurde, hier vor allem mit dem Gesetz über die Abschaffung der *Zamindari*.

Die Neuverteilung des Grund und Bodens ließ nun neue Landbesitzer entstehen, die ihrerseits die Kongreßpartei unterstützten. Aber der Besitz von oft sehr wenig produktiven Gütern konnte ihnen nicht genügen. Während sie massiver Hilfe bedurften, um ihre Unternehmen rentabel arbeiten zu lassen, legten die beiden ersten 5-Jahr-Pläne das Schwergewicht deutlich auf das Industriekapital. Die umfangreichen staatlichen Investitionen im Transportwesen, im Energiesektor und in der Stahlerzeugung machten deutlich, daß die von den Kongreßleuten gestellte Regierung der Förderung der Indsutrie den ersten Platz zuwies. Die schwer enttäuschten Bauern begannen nun in ihren eigenen Reihen nach Leuten zu suchen, die für sie sprechen konnten.

Allein ein gewisses Gleichgewicht zwischen Stadt und Land hätte einen ruhigen industriellen Aufstieg erlaubt. Aber die schlechten Ernten, die Hungersnöte und das massive Zurückbleiben der Lebensmittelerzeugung konterkarierten die Industriepläne, zumal sich der Kauf von Importlizenen im wesentlichen auf Nahrungsmittel bezog. So erklären sich die Hoffnungen, die man in den 60er Jahren in die „grüne Revolution" setzte, die die landwirtschaftliche Produktion steigern und die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ermöglichen sollte.

1961 wurde mit dem „Intensivprogramm zur Ausdehnung der Landwirtschaft" ein erster Versuch zur radikalen Umwälzung der ländlichen Produktivkräfte unternommen. Bestimmte Regionen wurden als Versuchsfeld für die landwirtschaftliche Entwicklung ausgesucht, wobei man ihren in- für die landwirtschaftliche Entwicklung ausgesucht, wobei man ihren in- frastrukturellen Möglichkeiten Rechnung trug. Sehr schnell öffneten diese zunächst noch verstreuten Versuche den Weg zu einer zusammenhängenderen Politik. Die massive Staatshilfe erfüllte die Regionen, denen der ganze technologische Fortschritt zugute kam, mit neuem Leben. Die „grüne Revolution" blühte in zahlreichen Gebieten des Pendjab, von Haryana, in West-Uttar-Pradesh und, vielleicht bescheidener, in Andhra-Pradesh, Tamil-Nadu und im Gujrat.

Während die Produktionskurven wie nie zuvor in die Höhe kletterten, konnte man in all diesen Regionen eine außergewöhnliche Euphorie beobachten. Die Naturwissenschaften hielten ihren Einzug in Lebensbereiche, die bis dahin durch eine archaische Landwirtschaft und die Unbilden der Natur gefesselt waren. Wirtschaftliche Macht ging nun in die Hände der Kasten *Jat, Ahir, Gurjar, Yadav* über – an diese rückständigen Gemeinwesen in Haryana und West-Uttar-Pradesh.

Das schon zurückgedrängte Übergewicht der Kastenhierarchie wurde plötzlich wieder erweckt dank der Frischluftzufuhr in Gestalt der Macht des Geldes: Traktoren, hydraulische Pumpen, Mähdrescher, Motorräder tauchten auf.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Aufschwung nicht die traditionell unterentwickelten Regionen von Ost-Uttar-Pradesh, Bihar, Orisse und Madya-Pradesh erreichte. Jedenfalls erklärt diese historisch besondere Art der Entwicklung den außerordentlich wilden Charakter der Unterdrückung durch die hier herrschende Klasse und ebenso die Formen dieser absurden Gewalt, die von den Bauern der inzwischen gesicherten „zurückgebliebenen" Kasten gegen die Ärmsten ausgeübt wird. Die Abschaffung der *Zamindari* Mitte der 50er Jahre und die darauf folgende Neuverteilung des Landbesitzes haben vielen Kleineigentümern dieser Kasten zum ersten Mal Gelegenheit gegeben, einen gewissen Wohlstand zu erreichen. Aber aufgrund der miesen Infrastruktur mußten sie selbst unter sehr harten Bedingungen arbeiten: viele Stunden Arbeit im Eiswasser stehend im strengen Winter in Bihar, erbarmungslose Ausbeutung der ganzen Familie, Rechtsstreitigkeiten, enorme (aber rentable) Schmiergelder für Politiker und Beamte, um die Kinder in entfernten Universitäten studieren zu lassen und um die Mitgift der Töchter zu entrichten etc. – Alle Energien richteten sich auf den sozialen Aufstieg, auf der Grundlage eines kleinen Streifens Land. Nur dank solcher Mühen konnten Bauern der *Kurmi* oder der *Keori*-Kaste einen Platz an der Sonne ergattern. Noch einige Jahre lang unterschied sie nicht mehr als entweder ein traditionelles Kastensymbol oder vielleicht ein kleiner materieller Vorteil von den Kasten der Unberührbaren. Doch später schuf der wirtschaftliche Wohlstand neue Unterschiede. Die Symbole der Moderne hielten Einzug: ein Haus aus Stein, ein Traktor aus zweiter Hand, ein gut gepflegtes Gewehr, ein naher Verwandter in einem öffentlichen Amt, ein Polizist in der Tasche und ein Politiker am Arm ...

Aber, wie gesagt, nicht alle erreichten so schön ihr Ziel. Die weniger Begüterten dieser Kasten sahen sich ihrem Schicksal überlassen und allmählich der Proletarisierung ausgesetzt. Indessen waren die inzwischen „Erfolgreichen" entschlossen, mit allen Mitteln ihre hart erworbenen Güter zu verteidigen – daher die Gewalt, die heue jedesmal ins Spiel kommt, wenn die arbeitenden Massen von Bihar oder Ost-Uttar-Pradesh verlangen, was ihnen zusteht. Denn in einer zurückgebliebenen kapitalistischen Ökonomie – wo selbst der Ausdruck „Kapital" schon ganz unzeitgemäß erscheinen mag – kann eine Akkumulation nur dank lächerlich niedriger Löhne und bei Arbeitsbedingungen, die ganz vom Willen des Grundbesitzers abhängen, vonstatten gehen.

### *Die reichen Bauern gegen die Kongreßpartei*

Der neue Wohlstand der fortgeschrittensten Kasten der reichen Bauern des Nordens fand seinen Ausdruck in einer Festigung ihres Einflusses. Sie gründeten solide regionale Parteiverbände, die mit anderen, der Kongreßpartei feindlichen Kräften zusammenarbeiteten, um deren Hegemonie ein Ende zu bereiten. Die Niederlage der Kongreßpartei in den meisten Provinzialversammlungen des Nordens und die Abtretung der Macht an Samyukta Vidhayah Dal (Vereinigte Partei der Deputierten) Mitte der 60er Jahre enthüllte nicht nur die Kluft zwischen den Bauern und der Kongreßpartei, sondern auch die Stärke der „Kulaken" als oppositionelle Kraft. Obwohl sie in so kurzer Zeit in den Provinz-Ministerien an die Macht gelangt waren, konnte die neue Entschlossenheit dieser Opposition nur noch wachsen – allerdings nicht ohne interne Konflikte, die mit der Formierung jeder politischen Strömung verbunden sind. In diesem Prozeß erwies sich die „Kastenbrüderlichkeit" (*Biradari*) als wirksame Waffe, denn sie führte eine Bauernschaft aus ganz verschiedenen Bestandteilen und außerdem in allen möglichen Gegenden beheimatet zusammen. Die untrennbare und quasi schwesterliche Existenz von Kasten und Klassen stellte oberflächlich wieder her, was in der Parole: „*Kisan ekta*" („Einheit der Bauern") voll zum Tragen kam, einem Appell, der sich nicht nur an die landlosen Bauern richtete, sondern ebenso an solche in gesicherten Verhältnissen, also der Kasten der *Jat, Yadav* oder *Kurmi*. Der Kastengeist kittete somit die inneren Spaltungen einer sozialen Klasse.

Aus vielerlei Gründen konnte diese „Einheit der Bauern" in der Bewegung Jayaprakash (J.P.) in den Jahren 1974 bis 1975 verwirklicht werden, die als politisches Sprachrohr all jener Schichten diente, die Interesse am Boden hatten. Hunderte Millionen Bauern aus dem Norden trugen Seite an Seite mit den anderen Teilen der Kongreßopposition ihre Klagen vor, die die zerbrechlichen Mauern von Delhi erschütterten: „Uns fehlen Wasser und Düngemittel; nieder mit der Regierung!"

Die Bedrohung, die von J.P. und den Bewegungen aus Gujrat ausging, verbunden mit der Angst vor einem erneuten Anwachsen der sozialen Agitation im Industriebereich zwang Indira Gandhi, den ersten Ausnahmezustand zu verhängen, den es in Indien je gegeben hat. Die massenhaften Verhaftungen von Aktivisten, von der extremen Rechten bis zur extremen Linken, ihre Gefangenschaft sowie das Gefühl der Unterdrückung, das sich in der ganzen Opposition breitmachte, trugen zur Bildung einer provisorischen politischen Allianz bei, die sich spontan auf eine gewaltige Welle, die die Rückkehr der Demokratie forderte, stützte.

Diese aus ganz besonderen Umständen entsprungene Allianz, die sich nicht auf Prinzipien gründete, sondern auf der Basis ganz widersprüchlicher Programme zusammengekommen war und darüberhinaus den Appetit von Politikern ohne großen Durchblick anregte, erklärt den überwältigen Sieg dieser Kräfte von 1977 und ihre nicht weniger erdrückende Niederlage nur 33 Monate später.

### *Wachsendes Bewußtsein*

Wie auch immer, die Janata-Koalition kam im März 1977 an die Macht. Ihre beiden mächtigsten Komponenten waren die Bauern der Bhartiya Lok Dal und Jana Sangha, streng gläubige Hindi. Ein „Kulake" der *Jat*-Kaste mit Namen Charan Singh wird sogar Innenminister – Minister für Recht und Ordnung! Im Laufe einiger Monate setzen sich Janata-Regierungen auch an die Spitze verschiedener Staaten. In Bihar verheimlicht der Premierminister Karpoori Thakur nicht seine Schwäche für die „Zurückgebliebenen" – unumstritten liegt die Macht also in den Händen der reichen und mittleren Bau-



Getreide wird sortiert (geworfelt)





# Prozeß gegen Black-Consciousness-Organisationen

# Finnische KP der Spaltung einen Schritt näher

# Immer noch kein US-Haushalt




## Die Woche im Rückblick

# Gegen kapitalistisch betriebene Energieversorgung – welche Alternative?

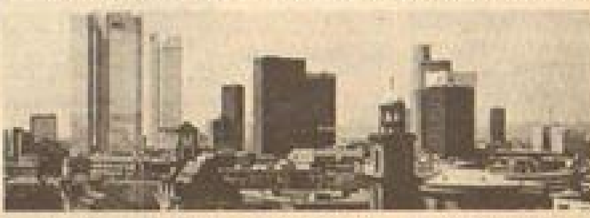
Eine Untersuchung am Beispiel RWE



# Nur nicht das Banksystem selber antasten!

Novellierung des Kreditwesengesetzes

**Das Bundesfinanzministerium hat nach jahrelanger Vorbereitung jetzt einen Referentenentwurf zur Novellierung der Bankgesetzgebung vorgelegt. Zweck ist, das Kreditwesen an die zukünftigen Erfordernisse der Kapitalverwertung anzupassen.**



*Finanzmacht im Bankensektor am höchsten*

*„Einschränkung des Sparkassensektors, Konzentration des Bankkapitals*

*Industriebeziehungen der Banken — nur Schönheitsoperationen*

*Radikale Umgestaltung des Kreditwesens ist notwendig*

## Tarifpolitik:

*12. ordentl. Bundeskongreß des DGB:*

# Dokumente

# Reden

# Kommentar




## Soll der Nachrüstungsbeschluß verurteilt werden?

## Jeder kann (koordiniert) machen, was er will

## Viel Reden um die Arbeitslosigkeit – Kein Fortschritt bei der Wirtschaftspolitik



## *Unterstützung der polnischen Arbeiterbewegung*



# Großbritannien: Die Krankenhäuser werden bestreikt

Die Einzelgewerkschaften organisieren den Kampf gegen das Tebbit-Gesetz





# Demonstration bei Citroën

CGT, CFDT und die französische Lehrergewerkschaft FEN für Arbeiterrechte

### Berufsschullehrer: Initiative gegen Lehrstellenmangel



# Eine russische „Rakete" und ihre Folgen für die Arbeiter

*Tagung des Sozialistischen Büros:*

# „Perspektiven der Linken in den 80er Jahren“

Drei wesentliche Strömungen standen bei der Tagung im Mittelpunkt: Die Frage der Parteibildung und dabei die Demokratischen Sozialisten. Zum anderen die Vertreter der Alternativbewegung mit dem Konzept der „zweiten Gesellschaft“. Und letztlich eine Position der Bestimmung der Politik in Betrieben und Gewerkschaft.

*Von Hans-Gerhart Schmierer*

### *Ziele der Tagung*

### *„Parteibildung von unten“*

### *„Alternativbewegung“*

### *„Betrieb und Gewerkschaft“*

### *Kein Fazit*

# Lateinamerika im Film

*Grandiose Beispiele lateinamerikanischer Filmkunst wurden in Westberlin gezeigt*

## Buch zum Thema

## Fernsehtip